

Zwischen Staatenwelt und Weltstaat: Zur Diskussion über Weltordnung und Weltfrieden

Gert Krell/Peter Schlotter

November 2014

Zwischen Staatenwelt und Weltstaat: Zur Diskussion über Weltordnung und Weltfrieden

Gert Krell/Peter Schlotter

Kurzbeschreibung

Aus den unendlich vielen systematischen Überlegungen oder Phantasien von Menschen über die Ordnung ihrer unmittelbaren Lebenswelt und der darüber hinaus jeweils bekannten äußeren Welt bzw. die Möglichkeiten des Friedens konzentrieren wir uns auf Konzepte des modernen Westens, mit kleinen historischen Rückblicken. Wir behandeln in erster Linie politische bzw. politikwissenschaftliche Konzepte, allerdings mit Übergängen zur Philosophie und zur Soziologie. Es kommen sowohl stärker normative als auch stärker deskriptiv-analytische Konzepte zur Sprache, darunter einige, die beides kombinieren. Die verschiedenen Ansätze unterscheiden sich nicht nur in der Wahl der zentralen Akteure oder der zentralen Kategorien, sondern auch in der Beurteilung der Intensität und der Konfliktrichtigkeit der Globalisierung; letzteres sogar innerhalb bestimmter Theorietraditionen wie etwa des Marxismus oder des Institutionalismus. Insgesamt tendieren wir zu zurückhaltenden Deutungen einer Welt(friedens-)ordnung und betonen wir die Ordnungsfunktionen der Einzelstaaten, gerade auch der Großmächte.

Inhalt

1.	Einleitung	3
2.	Souveränitätsbasierte Weltordnungen	4
2.1	Die Welt der Staatenkonkurrenz	4
2.2	Liberale Friedensordnungen	6
3.	Überstaatliche Weltordnungen	11
3.1	Imperien	11
3.2	Globaler Kapitalismus	13
4.	Globale Vergesellschaftung und Weltstaatlichkeit	15
4.1	Die Welt zwischen <i>International Society</i> und Weltgesellschaft	15
4.2	Zwischen <i>Global Governance</i> und Weltstaat	17
5.	Zusammenfassung und Perspektiven	19
	Literatur	23

*für Ernst-Otto Czempel und Dieter Senghaas
in Dankbarkeit und freundschaftlicher Verbundenheit*

1. Einleitung¹

Dass die Welt, in der sie lebten, eine bestimmte Ordnung hatte, das haben die Menschen zu allen Zeiten angenommen. In die frühen Vorstellungen von Weltordnung war immer der Kosmos einbezogen; auch spielten andere Akteure als die Menschen, also Tiere, Fabelwesen, Geister und vor allem Götter, eine wichtige Rolle. Die mythisch oder religiös geprägten historischen Weltbilder haben sich im Verlauf der Moderne Zug um Zug säkularisiert und wurden von politischen Ideologien abgelöst, wobei teilweise heilsgeschichtliche Traditionen in rationalistischer Verkleidung überlebten (vgl. Löwith 1967). Mit Konservatismus, Liberalismus und Marxismus, neuerdings auch Feminismus stehen die aktuellen Weltordnungskonzepte und die modernen Theorien der internationalen Beziehungen in enger Wechselbeziehung. Die Weltordnungskonzepte, die wir hier diskutieren, sind eingebettet in den Prozess der Globalisierung, der den Entwürfen für eine politische Ordnung der Welt die empirischen Voraussetzungen liefert. Dabei konzentrieren wir den Blick auf den Zusammenhang zwischen der Entfaltung des neuzeitlichen Staatensystems, des kapitalistischen Weltmarkts, der bürgerlichen Gesellschaft und der Aufklärung.

Der Begriff der Weltordnung ist mehrdimensional (vgl. dazu auch Osterhammel 2012: 409ff). Weltordnungskonzepte befassen sich damit, wie die Welt organisiert oder strukturiert ist bzw. wie sie sein sollte. Ordnung steht dabei für eine Vorstellung von einem beruhigten Ganzen und verlangt ein Gegenbild von Unordnung. Konzepte sind Entwürfe, sie bezeichnen das Erstrebens- oder Wünschenswerte. Normative Fragen werden also thematisiert, manchmal aber auch der Politischen Philosophie oder der Ethik der Internationalen Beziehungen überlassen. Fein säuberlich trennen lassen sich empirische und normative Zugänge nicht. Diskussionen über Normen sind auf die Erörterung ihrer Entstehungszusammenhänge und ihrer Durchsetzungschancen angewiesen. Und selbstverständlich haben Analysen realer internationaler Politik ethische Implikationen, ob sie nun artikuliert werden oder nicht.

Die Komplexität der Thematik wird nicht geringer, wenn man in Rechnung stellt, dass sich gar nicht so leicht entscheiden lässt, was denn eine „gute“ (Welt-)Ordnung ist. Das reicht von Minimalbedingungen für Koexistenz bis zu einer Ordnung, die Kooperation institutionalisiert und Konflikte so weit einhegt, dass alle Nationen und ihre Bevölkerungen in mehr Frieden und Wohlstand leben, die Fürsorge für die Erde verbessern und Minimalstandards für Menschenwürde erreichen (referiert nach Hurrell 2007: 2, 5). Ein signifikanter Teil der jüngeren Debatte konzentriert sich darauf, wie unter den heutigen Bedingungen Frieden, Recht, Gerechtigkeit, Partizipation und der Schutz der Ressourcen und der Umwelt aus einer kosmopolitischen Perspektive gedacht und umgesetzt werden können (Gosepath/Merle 2002, Küng/Senghaas 2003, Müller 2008, Baumgart-Ochse et al. 2011, Senghaas 2004, 2012). In der Friedensforschung werden häufig als zentrale Kriterien für eine (Welt-)Friedensordnung „Schutz vor Gewalt“ (Frieden), „Schutz vor Repression“ (Freiheit), „Schutz vor Not“ (Wohlstand) und „Schutz vor Chauvinismus“ (Identität) genannt (z.B. bei Senghaas 1995: 214-220).

Wir können in diesem Beitrag nicht alle bedeutenden Weltordnungskonzepte ansprechen, schon gar nicht ausführlich; wir diskutieren z.B. nicht Vorstellungen von Weltordnung in vergangenen außereuropäischen Kulturen. Wir wollen lediglich Hauptstränge der aktuellen Debatte erörtern, und zwar orientiert an Weltbildern, die im westlichen Kulturkreis entstanden sind. Die Mehrzahl der von uns untersuchten Konzepte kann man als analytisch-deskriptiv bezeichnen, das heißt sie präsentieren das Arrangement der (welt)politischen „Realität“ aus einer bestimmten systematischen Perspektive oder mit zentralen Kategorien wie z.B. Staatenwelt, Imperium, Hegemonie,

1 Eine kürzere Version erscheint unter dem Titel „Weltordnungskonzepte in den Internationalen Beziehungen“ in: Carlo Masala/Frank Sauer (Hg.): Handbuch der Internationalen Beziehungen, 2. Aufl., Wiesbaden 2015. Anregungen und Kritik zu früheren Fassungen kamen von Dieter Senghaas und Bernd Spies.

Imperialismus, *international society* oder *global governance*.² Andere bieten Modelle für eine gute Ordnung, nach dem Motto, wenn diese oder jene Bedingung(en) erfüllt wäre(n), wäre die Welt aller Voraussicht nach friedlich. Einige Autoren gehen vergleichend vor, d.h. sie überprüfen entweder verschiedene analytische Konzepte auf ihre Übereinstimmung mit der Empirie der „realen“ Weltordnung oder gehen den noch zu bewältigenden Differenzen zwischen Modellen für eine gute Ordnung und eben dieser „Realität“ nach.

2. Souveränitätsbasierte Weltordnungen

2.1 Die Welt der Staatenkonkurrenz

Seit dem Aufkommen der Hochkulturen in Ostasien, im Zweistromland und in Ägypten finden wir staatsähnlich organisierte Gesellschaften (vgl. Breuer 1990): Die Antike kannte die griechische Polis, die hellenistischen Monarchien, die römische Republik und das Imperium Romanum, in Max Webers Typologie „traditionale Staaten“ (Breuer 1998: Kap. 3-5). Aber erst mit Beginn der Neuzeit im 16. Jahrhundert entwickelte sich als Ergebnis langer politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Auseinandersetzungen in Europa das, was wir heute unter „Staat“ verstehen (vgl. Reinhard 2002, Mitterauer 2003). Aus der Auflösung traditioneller imperialer Weltordnungsvorstellungen und dem Zerfall der mittelalterlichen Feudalherrschaft hervorgegangen und als Ergebnis einer weit gefächerten Debatte über die verheerenden Auswirkungen der konfessionellen Spaltung der Christenheit wurden nunmehr Staatlichkeit, Souveränität und Territorialität in Form (tendenziell) absolutistischer Monarchien zum Ordnungsmodell.

Idealtypisch verfügen Staaten über erkennbare und fixierte Grenzen, zumindest beanspruchen sie einen fest umrissenen Raum. Herrschaft beruhte zwar zunächst auch noch auf Loyalitätsbeziehungen zwischen dem Herrscher und dem Adel, zunehmend aber wurden diese durch bürokratische Dienstverhältnisse ersetzt. Der bisher Freie (adelig oder nicht-adelig) und der Bürger wurden zum Untertan. Durch den europäischen Staatenbildungsprozess entstanden verfasste Gesellschaften, die ihren Bürgern Sicherheit und Ordnung, vor allem Schutz vor Bürgerkrieg, prospektive auch Wohlstand versprachen und in denen ihre Existenz zentral durch das Leben in einem Staat bestimmt war. Denkmodell hierfür ist die kontraktualistische Theorie: Die Menschen in einem gedachten „Urzustand“ der permanenten Furcht vor dem Getötet-Werden durch andere beschließen, auf die Selbstverteidigung, sprich den Kampf aller gegen alle, zu verzichten und alle Gewalt einer staatlichen Institution zu übergeben, die dafür sorgt, dass sie in Sicherheit, Frieden und Wohlstand leben können (vgl. Kersting 1994). Nach außen hin sind Staaten souverän, d.h. letztendlich sind sie in ihren Entscheidungen (zu Krieg und Frieden) frei und nur dem Imperativ der Selbsterhaltung verpflichtet.

Mit dem Kolonialismus und Imperialismus wurde diese Idee von Staatlichkeit als Instrument der Sicherheits- und Wohlstandsgewährleistung universalisiert. Es gibt heute auf der Erde keine staatsfreien Räume mehr in dem Sinne, dass nicht jeder Winkel der Welt staatlich verfasst wäre oder zumindest von irgendeinem Staat beansprucht würde. Das seit dem 17. Jahrhundert parallel zur Herausbildung der sog. Westfälischen Ordnung sich entwickelnde Völkerrecht ist im Kern ein Staatenverkehrsrecht (vgl. Vitzthum/Proelß 2013). Die UNO ist ein Staatenbund; staatenlose Völker haben es schwer, in der Weltpolitik Gehör zu finden. Staaten erlangen erst dann äußere Souveränität, wenn sie von anderen Staaten anerkannt werden (vgl. Biersteker 2008).

In diesem Modell wird von dem fundamentalen Tatbestand ausgegangen, dass eine Lösung des Problems der menschlichen Unsicherheit, wie sie im innergesellschaftlichen Bereich möglich ist,

2 Eine groß angelegte deskriptiv-analytische Untersuchung über „Imperium oder Hegemonie“ wird demnächst Ulrich Menzel vorlegen. Er unterscheidet im Wesentlichen vier Typen von Modellen internationaler Ordnung: realistische und idealistische auf der Grundlage von „Anarchie“ und hegemoniale bzw. imperiale auf der Grundlage von „Hierarchie“ (vgl. Menzel 2013).

nämlich eine souveräne Staatsgewalt zu installieren, sich auf zwischenstaatlicher Ebene nicht realisieren lässt. Wie kann es dennoch Ordnung geben, denn auch die Welt der Staaten ist ein Ordnungsmodell? Die Theorien des Realismus in ihren verschiedenen Varianten gehen davon aus, dass die Konkurrenz um Sicherheit und Macht prinzipiell nicht überwindbar ist und dass deshalb Frieden nie mehr sein kann als ein instabiler Waffenstillstand zwischen Staaten, die zu ihrer Sicherheit und bei Strafe des Untergangs auf Machtpolitik setzen müssen. Das gilt für alle Staaten, unabhängig von ihrer inneren Verfasstheit. Der „Logik“ dieses Weltordnungsmodells entspricht der zwischenstaatliche Krieg um sich ausschließende „nationale Interessen“. In der offensiven Variante des Realismus streben Staaten danach, im Bündnis oder allein stärker zu sein als andere, in der defensiven suchen sie zu verhindern, dass andere stärker werden. Dabei kann die Staatenkonkurrenz auch aus einem „Kampf der Kulturen“ (Huntington 1996) oder geopolitischen *grand games* um Rohstoffe und Einflusszonen bestehen.

Dass dennoch nicht ständig Krieg herrscht, liegt an zwei Mustern, die die Weltpolitik bestimmen. Zum einen pendelt sich gewissermaßen hinter dem Rücken der Staaten immer wieder ein Machtgleichgewicht ein (Waltz 1979: 102-128), das sie trotz des Sicherheitsdilemmas zu einem vorsichtigen Verhalten veranlasst; zum anderen kann Hegemonie, d.h. die führende Stellung eines Staates, Kooperation in Form von Bündnissen oder internationalen Regimen ermöglichen (vgl. u.a. Gilpin 1981, Walt 1987, Hasenclever et al. 1997). Die Sicherheitsgewährleistung durch militärische Rückversicherung bleibt jedoch Grundlage der internationalen Politik.

Innerhalb der auf die Staatenwelt konzentrierten Weltordnungsvorstellungen vertreten eine eher an Kooperation orientierte Sichtweise diejenigen, die zwar auch von einer anarchischen Welt der Konkurrenz ausgehen, sie aber durch Interdependenz und internationale Institutionen abgemildert sehen (vgl. Keohane/Nye 2001). Staaten sind durch wechselseitige Abhängigkeiten, die sich seit der Industrialisierung und der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung, die über die Grenzen der Nationalstaaten ausgreift, ergeben haben, in ihrer Souveränität eingeschränkt, es sei denn, politische Führungen ignorieren dies grundsätzlich.

Die Weltordnung des Institutionalismus ist immer noch eine Welt der Staaten, die jedoch aus Nutzenerwägungen auch kooperieren, und zwar nicht nur, um überlegene Staaten durch Gegenallianzen auszubalancieren oder weil ein Hegemon die Zusammenarbeit erzwingt bzw. die Allgemeinkosten für die Kooperation übernimmt. Internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen spielen eine gewisse, wenn auch begrenzte Rolle; sie erleichtern das Management der Interdependenz (z.B. durch Transparenzförderung) und überwachen die Einhaltung von Verträgen und Regimen kostengünstig. In dieser Weltordnungskonzeption ist zwischenstaatliche Kooperation eine Realität und zugleich ein Ziel (vgl. als Überblick Stein 2008). Eine Frühform dieser Zusammenarbeit war das Konzert der fünf europäischen Großmächte nach dem Wiener Kongress von 1815, das bis Mitte der 1850er Jahre zum Staatenfrieden in Europa beitrug und sich erst mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges endgültig auflöste (Mazower 2013, Prolog).

Wie sind diese staatszentrierten Weltordnungsmodelle normativ zu bewerten? Zunächst liegt der realistischen Sicht auf Weltordnung eine utilitaristische Ethik der politischen Klugheit zugrunde: „[...] realism is best read as a cautionary ethic of political prudence rooted in a narrow yet insightful vision of international politics“ (Donnelly 2008: 159).³ Sodann muss der Kontext beachtet werden. Der Realismus der 1930er und 1940er Jahre wie seine späteren strukturellen und neoklassischen Varianten entwickeln eine Vorstellung von der Welt, die sich entweder – das zeigen Klassiker wie Carr, Morgenthau und auch Waltz an ihren Beispielen – am Muster der internationalen Politik des 18. und 19. Jahrhunderts orientiert, in der z.B. Allianzwechsel, z.T. sogar während Kriegen, üblich waren und Außenpolitik in der Tat häufig einem „Billardspiel“ ähnelte, oder von den Erfahrungen mit Nationalsozialismus, Stalinismus und dem Zweiten Weltkrieg geprägt ist. Freilich steht auch die gegenwärtige relativ friedliche OECD-Welt Regionen gegenüber, in denen

3 Ausführlich zur Ethik des Realismus Lebow (2003) am Beispiel von Thukydides, Clausewitz und Morgenthau.

Staatlichkeit zerfällt, Chaos und Anomie herrschen. Es gibt auch heute politische Kontexte, in denen Konflikte zwischen Staaten zu Nullsummenspielen werden, für die realistische Erklärungsmuster zutreffen.

Die institutionalistischen Ansätze geben die weltpolitische Realität insofern besser wieder, als sie die Dimension einer globalisierten Interdependenz in den Blick nehmen. Interdependenz kann dazu beitragen, die potenzielle Gewalt zwischen Staaten zu verringern, allerdings bleiben ihre konstruktiven Wirkungen – das zeigen viele historische und aktuelle Beispiele – von den politischen Beziehungen abhängig. Wenn das Risiko- oder Sicherheitskalkül politischer Führungen zu dem Ergebnis führt, dass ein Konflikt eskaliert werden sollte, geraten Interessen an der Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen leicht ins Hintertreffen.

2.2 Liberale Friedensordnungen

Seit der Aufklärung und dann vor allem im 19. Jahrhundert kamen Weltordnungskonzepte auf, die zwar auch von der Souveränität der Einzelstaaten ausgehen, sie aber mit Friedensideen verbinden. Trotz Staatenkonkurrenz und Sicherheitsdilemma sind für die liberale Tradition Kooperation und (Welt-)Frieden realistische Perspektiven. Der Liberalismus setzt dabei auf die Triade von Freihandel, Demokratie und internationalen Institutionen.

2.2.1 *Freihandel, Fortschritt und Frieden*⁴

Schon Immanuel Kant hatte die These vertreten, dass die Handelsfreiheit die moralische Bestimmung der (Welt-)Bürger nachhaltig unterstützen werde. Der wechselseitige Eigennutz vereinige auch Völker, die der Begriff des Weltbürgerrechts allein nicht gegen Gewalttätigkeit und Krieg würde sichern können (1795/2002: 33).⁵

Es ist der Handelsgeist, der mit dem Kriege nicht zusammen bestehen kann, und der früher oder später sich jedes Volks bemächtigt. Weil nämlich unter allen der Staatsmacht untergeordneten Mächten (Mitteln) die Geldmacht wohl die zuverlässigste sein möchte, so sehen sich Staaten (freilich nicht eben durch Triebfedern der Moralität) gedrungen, den edlen Frieden zu befördern und, wo auch immer in der Welt Krieg auszubrechen droht, ihn durch Vermittelungen abzuwehren, gleich als ob sie deshalb im beständigen Bündnisse ständen [...] Auf die Art garantiert die Natur durch den Mechanismus der menschlichen Neigungen selbst den ewigen Frieden.

Kants Hoffnungen auf die positiven Wirkungen des Handels für den Fortschritt der Menschheit wurden zunächst von vielen Aufklärern und vor allem vom Liberalismus des 18. und 19. Jahrhunderts geteilt. Die zentralen Aussagen, die auch die moderne Forschung in Form von zu testenden Hypothesen prägen, lassen sich alle in Texten von Adam Ferguson, Adam Smith, David Ricardo, Benjamin Constant, John Stuart Mill oder Jeremy Bentham und in der Artikulation der Freihandelsbewegung des 19. Jahrhunderts finden (Schlotter 2013, Mazower 2013: 38-48). Handel fördere den Wohlstand; er sei im Grunde nur eine erweiterte Form der Arbeitsteilung bzw. der Spezialisierung, von der alle profitierten. Handel habe aber auch zivilisierende und pazifizierende Effekte. Wechselseitig profitabler Austausch fördere die Verständigung; die Begegnung oder auch nur die Verbindung wirtschaftlicher Akteure, seien sie Konsumenten oder Produzenten, baue Vorurteile ab. Positive Bewertungen wirtschaftlicher Tätigkeit veränderten die politische Kultur, das

⁴ Wir stützen uns hier zu einem großen Teil auf Schlotter 2013.

⁵ Kant war freilich hellichtig genug, auch die Schattenseiten der Weltmarktzusammenhänge seiner Zeit zu benennen. Es sei doch erschreckend zu sehen, so heißt es in derselben Schrift, wie weit das „inhospitable Betragen der gesitteten, vornehmlich handeltreibenden Staaten unseres Weltteils“ reiche, das sich in der Ungerechtigkeit beim Besuch fremder Länder und Völker zeige, die sie einfach eroberten. Amerika, die „Negerländer“, die Gewürzinseln, das Kap usw. hätten sie bei ihrer Entdeckung als Länder betrachtet, die niemandem gehörten, denn die Einwohner „rechneten sie für nichts“ (Kant 1795/2002: 22).

Gewicht des Militärs und militärischer Einstellungen gingen zurück. Intensive wirtschaftliche Beziehungen werde man schließlich nicht mehr durch Krieg aufs Spiel setzen, weil das zu kostspielig wäre. Ein ähnliches Argument findet man schon bei den frühen Anti-Imperialisten, die zu Bedenken gaben, Gebiete zu erobern und zu kontrollieren sei teurer als mit ihnen Handel zu treiben; davon profitierten nur bestimmte Gruppierungen zu Lasten der Gesamtgesellschaft. In der Gegenwart bauen manche Anhänger des Liberalismus auf eine globalisierte kapitalistische Marktwirtschaft als Garant für Frieden und Fortschritt.

Nun war es wahrscheinlich kein Zufall, dass die positive Bewertung des Freihandels besonders viele Anhänger in Großbritannien hatte, das damals das ökonomisch am weitesten entwickelte Land war (der folgende Abschnitt nach Krell 2009: 179f). So hat sich denn auch als einer der Ersten ein deutscher (national-)liberaler Unternehmer und Intellektueller kritisch mit dem Freihandelsliberalismus auseinandergesetzt: Friedrich List (1789-1846).⁶ Dabei vertrat List durchaus die klassische liberale und fortschrittsoptimistische Position, der zufolge der Entfaltung der Produktivkräfte eine „kosmopolitische“ Tendenz innewohne und eine friedensfördernde Wirkung zukomme. Nur könne man diese Konsequenzen nicht bei asymmetrischem Entwicklungsstand unterstellen. So würde unter Bedingungen des Freihandels die überlegene britische Ökonomie die noch weitgehend agrarisch geprägten Staaten des Deutschen Zollvereins niederkonkurrieren und nicht zur wirtschaftlichen Entfaltung durch Industrialisierung kommen lassen. Entscheidend sei eben nicht, ob annähernd gleiche Werte getauscht würden, sondern die Frage, ob die für den Export hergestellten Produkte auf Dauer die eigenen „produktiven Kräfte“ förderten und den Prozess der Industrialisierung vorantrieben. England sei selbst keineswegs durch Freihandel, sondern durch überlegte Schutzzollpolitik groß geworden. Damit hatte List eine durchgängige Problematik der Moderne bis heute, nämlich das Entwicklungsdilemma, formuliert (dazu ausführlich Senghaas 1982, 2012 und öfter).

Was den Zusammenhang zwischen Handel und Frieden angeht, so zeigte spätestens der Erste Weltkrieg, dass auch intensive wirtschaftliche Beziehungen nicht genügen, um einen großen Krieg zu verhindern, wenn institutionelle Strukturen fehlen. Und die für damalige Verhältnisse schon als demokratisch zu bezeichnenden Länder Großbritannien und Frankreich haben ihre Konflikte um die imperialistische Aufteilung der Welt nur mit Mühe unter der Schwelle des Krieges gehalten. Umgekehrt wurde mit der Weltwirtschaftskrise und dem Zweiten Weltkrieg auch deutlich, dass Protektionismus, wirtschaftliche Abschottung und die Herstellung von (vermeintlich) autarken Großräumen mittels Eroberung nicht einmal im Rahmen einer hyperrealistischen Logik Alternativen bieten. Dass die amerikanische Nachkriegsplanung gerade auch ökonomisch auf das Modell einer liberalen Hegemonie setzte, war also nicht nur einem engen Interessenskalkül geschuldet, sondern auch Folge der existenziellen Erfahrung des Krieges mit Deutschland und Japan.

Die moderne Forschung lässt sich so zusammenfassen, dass sich die Friedenswirkung des Handels erst im Verhältnis zwischen „wohlgeordneten“ Völkern (dazu rechnen nicht nur Demokratien, sondern auch stabile Autokratien) entfalten kann – um einen Begriff von John Rawls (2002) aufzunehmen; selbst in einer solchen Konstellation ist ökonomische Interdependenz freilich keine Friedensgarantie. Hinzu kommt, dass der Handelsfrieden nur für Beziehungen *zwischen* Staaten gilt; wirtschaftlicher Austausch hat nicht notwendigerweise positive Auswirkungen auf *innerstaatliche* Gewaltkonflikte. Die Durchsetzung des Kapitalismus kann außerhalb der Wohlstandszone der OECD durchaus Konflikte befördern oder sogar zu innerstaatlichen Kriegen beitragen (Schlotter 2013: 2f).

6 Ähnliche Argumente finden sich übrigens bei Alexander Hamilton für die jungen USA.

2.2.2 Der demokratische Frieden

Schon der klassische Republikanismus ging davon aus, dass die Verbreiterung der politischen Partizipation und Repräsentation die Kriegsneigung herrschender Eliten zügeln werde, weil mehr Menschen (damals waren damit fast ausnahmslos Männer gemeint) die Gelegenheit bekämen, über Aktivitäten mitzubestimmen, deren Lasten und Risiken sie im Zweifel selbst zu tragen hätten und nicht mehr auf andere abwälzen könnten. So kann nach Kant eine starke Republik, die „ihrer Natur nach“ zum ewigen Frieden geneigt sein müsse, sogar den Mittelpunkt für eine föderative Vereinigung mit anderen Staaten abgeben, um gemeinsam „den Freiheitszustand der Staaten gemäß der Idee des Völkerrechts zu sichern“ und durch mehrere Verbindungen dieser Art nach und nach immer weiter auszubreiten bis zu einem Weltbund, wenn auch nicht Weltstaat, der den „Strom der rechtscheuenden, feindseligen Neigung“ zwar nicht völlig beseitigen, aber doch aufhalten und reduzieren werde (1795/2002: 19f). Im 20. Jahrhundert war die liberale Friedens-tradition eine Zeitlang verschüttet; Ernst-Otto Czempiel hat sie nicht nur dokumentiert, sondern auch neu begründet (1972, 1998 und öfter), und zwar noch deutlich bevor ein Teil der US-amerikanischen Politikwissenschaft den *democratic peace* wiederentdeckte.

In der Forschung bleibt der demokratische Frieden bis heute umstritten.⁷ Als mit reichlichen Daten gesichert gilt die Aussage, dass Demokratien *intern* weniger gewalttätig sind als Nicht-Demokratien. Ein zweiter weitgehend anerkannter Befund bezieht sich auf die Außenpolitik, allerdings mit einer wichtigen Einschränkung: Demokratien führen *untereinander* so gut wie keine Kriege, wohl aber gegen Nicht-Demokratien, und zwar keineswegs nur zur Verteidigung. Auch Menschen in Demokratien sind für Nationalismus, ja sogar für Appelle an Krieg und Heroismus anfällig. Anschauungsmaterial bieten dafür nicht nur die Beinahe-Kriege zwischen Demokratien im 19. und 20. Jahrhundert, sondern auch die Geschichte der frühen westlichen Demokratien, die deutsche Geschichte, zuletzt Entwicklungen in Ost- und Südosteuropa. Die russische Führung, die sich auf den Weg zurück in den Autoritarismus begeben hat, setzt – auch gewaltsam – auf Geopolitik, mobilisiert mit Erfolg nationalistische und alt-imperiale Emotionen und vergiftet nach innen und nach außen das politische Klima durch hemmungslose Propaganda gegen die „Faschisten“ in Kiew und gegen den Westen.⁸ Fast zwei Drittel der Russen glauben einer neuen, unabhängigen Umfrage zufolge, der Westen habe den Krieg in der Ostukraine angezettelt (SZ vom 30.7.2014: 4).

Nimmt man das Nord-Süd-Verhältnis hinzu, dann gerät selbst für stabile und reife Demokratien die Unschuldsvermutung erheblich ins Wanken. So lassen sich z.B. der Vietnamkrieg oder der israelisch-palästinensische Konflikt und andere Nord-Süd-Kriege keineswegs mit dem Sicherheitsdilemma allein erklären. Hier ging und geht es auch um Macht- und Herrschaftsinteressen von Demokratien bis hin zu expansionistischen Tendenzen. Schließlich gilt es, vielfältige Formen der Intervention unterhalb des Krieges zu bedenken, mit denen die demokratischen Industriestaaten Entwicklung im „Süden“ behindert bzw. direkt und indirekt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen in Entwicklungsländern beigetragen haben.

Die Grenzlinie des demokratischen Friedens verläuft also nicht nur zwischen Demokratie und Nicht-Demokratie, sie verläuft auch mitten durch die Demokratie bzw. durch den Liberalismus (vgl. dazu auch Geis/Schörnig 2011). Das gilt auch für das Geschlechterverhältnis. Die interessante Frage besteht hier darin, ob Krieg und Frieden „nur“ arbeitsteilig entlang der Geschlechtergrenzen

⁷ Ausführlich Krell 2009: 188-216; vgl. aber auch Hasenclever 2010.

⁸ Der russische Generalstabschef Gerassimow nennt den Krieg in der Ostukraine „nichtlinear“. Die Bezeichnung bezieht sich auf eine Form irregulärer Kriegführung, die indirekte und asymmetrische Mittel bevorzugt, aber alle Einflussmöglichkeiten nutzt: offene und verdeckte, militärische und zivile, diplomatische und wirtschaftliche, informationelle und propagandistische; in der Regel, um Druck auf einen anderen Staat bzw. dessen Regierung auszuüben (vgl. Ehrhart 2014). Zur problematischen und besorgniserregenden patriotischen Reideologisierung der russischen Innen- und Außenpolitik vgl. Dembinski/Schmidt/Spanger (2014), die trotz aller Ernüchterung über die Zukunft der europäischen Sicherheitsordnung eine besonnene Gegen-Strategie formulieren. Einige nationalistische Tendenzen in Putins Umfeld weisen erschreckende Affinitäten zu deutschen Diskussionen der zwanziger und dreißiger Jahre auf.

organisiert werden oder ob die Geschlechterverhältnisse selbst eine Kriegsursache bilden. Vieles deutet darauf hin, dass Gesellschaften, in denen Frauen die gleichen Rechte wie Männer haben und gute „weibliche“ Werte von beiden Geschlechtern genauso geschätzt werden wie gute „männliche“, nicht nur gerechtere, sondern auch friedlichere Gesellschaften sind (vgl. Pinker 2011: 761-783 und die Übersicht zum Stand der quantitativen Forschung bei Busmann 2012). Das aber bestätigt die Notwendigkeit, die demokratische Friedenstheorie und -praxis um die Gender-Dimension zu erweitern, und zwar schon deswegen, weil selbst der demokratische Staat nach innen in Geschlechterfragen parteilich ist, ja sogar vielfach systematische Gewalt gegen Frauen toleriert – von Diktaturen oder militanten archaischen Bewegungen ganz abgesehen. Ohne eine Aufhebung von Übermacht und Gewalt in den Geschlechterbeziehungen wird es keine friedliche Welt geben können.

2.2.3 *Das zivilisatorische Hexagon*

Der demokratische Frieden verlangt den mündigen und der Gewalt abgeneigten Bürger. Aber die wirklichen Staatsbürger sind keineswegs zwangsläufig die rationalen und moralischen Menschen, von denen die demokratische Friedenstheorie ausgeht (vgl. dazu auch Geis 2006). Was den Freihandel (und die Kapitalmobilität) betrifft, so ist das entscheidende Problem schon benannt worden: In asymmetrischen Wirtschaftsbeziehungen verkommt er leicht zur bloßen Rechtfertigungsideologie für die ohnehin wirtschaftlich Stärkeren. Ohne wirksame Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards, und die sind nur äußerst unzulänglich umgesetzt, trägt er auch zu Ausbeutung, zur Beeinträchtigung der Lebenschancen von Millionen Menschen und zur Gefährdung der ökologischen Lebensgrundlagen bei (zu den globalen Arbeits- und Sozialstandards vgl. Senghaas-Knobloch 2009, 2013). Eine Möglichkeit, diesen Problemen zu begegnen, besteht im Entwurf mehrdimensionaler Modelle. Eines der bekanntesten ist das „zivilisatorische Hexagon“, das Dieter Senghaas entwickelt hat (z.B. 1995, 2004, 2012), der von der Zivilisationstheorie des Soziologen Norbert Elias (1976) ausgeht und sie mit Ansätzen aus der liberalen Tradition verbindet. Wir stellen dieses Modell mit eigenen Worten, aber in enger Anlehnung an Senghaas vor.

Um die größtmögliche Sicherheit der Existenzerhaltung und die größtmöglichen Chancen der Existenzentfaltung jedes einzelnen Menschen (dazu Czempiel 1995: 168-170) zu gewährleisten, müssen in modernen Gesellschaften sechs Sachverhalte gegeben sein. Die Entprivatisierung der Gewalt ist die erste Voraussetzung für ein zivilisiertes Zusammenleben. Die neuere historische Gewaltforschung hat in der Tat bestätigt, dass ein *funktionierendes Gewaltmonopol* staatlich verfasster Gesellschaften die Gewalt zwischen sozialen Gruppen deutlich reduziert (Pinker 2011: 93). Damit der Staat seine Gewaltmittel nicht missbraucht, bedarf es freilich zweitens der *Gewaltenteilung* und der Herausbildung von *Rechtsstaatlichkeit*. Eine dritte wesentliche Bedingung für den inneren Frieden besteht in der *Affektkontrolle*, also der Selbstkontrolle, Selbstbeherrschung und der Mäßigung des Konkurrenz- und Konfliktverhaltens der einzelnen Staatsbürger. In modernen, d.h. politisierten Gesellschaften, ist viertens die *demokratische Beteiligung* unverzichtbar. Die Interessen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen müssen artikuliert werden können und eine Chance auf Berücksichtigung im politischen Prozess finden. Wo das nicht passiert, kommt es über kurz oder lang entweder zu gewaltsamen Rebellionen oder zur Pseudostabilisierung durch künstliche Wir-Bildungen über die Beschwörung vermeintlicher oder die Vergrößerung real möglicher Bedrohungen und die (gewaltsame) Ableitung sozialer Frustrationen.

Als fünfte Bedingung nennt Senghaas anhaltende *Bemühungen um soziale Gerechtigkeit*. Am ehesten dürfte Einigkeit darüber bestehen, dass damit vor allem Chancengerechtigkeit (also z.B. keine Privilegierung durch Herkunft oder Geschlecht) und Verteilungsgerechtigkeit (im Minimum die Befriedigung der lebensnotwendigen Grundbedürfnisse für alle) gemeint sind. Bleibt als sechstes und letztes Kriterium eine *Kultur konstruktiver Konfliktbearbeitung*. Eine zivilisierte Ordnung verzichtet (mit Grenzfällen wie der Verteidigung oder der humanitären Intervention als denkbaren, aber nach Möglichkeit zu vermeidenden Ausnahmen) auf Gewalt. Das erfordert aber nicht nur in der Politik, sondern auch bei den Bürgern, ihren Parteien und Vereinigungen die

entsprechenden Haltungen. Zivilisierte demokratische Konflikt- und Kompromissfähigkeit setzt oft lange historische Lernprozesse voraus (zu Deutschland vgl. Herbert 2014).

Wir sind nicht die ersten, die sich gefragt haben, ob man nicht eine *nachhaltige Ökonomie* in das zivilisatorische Hexagon mit aufnehmen müsste. Denn die „planmäßige Ausbeutung der Erde“ (Karl Marx), bis heute immer noch in fast allen Gesellschaftsordnungen weitgehend als selbstverständliches Fortschrittselement verstanden, hat sich zu einer dramatischen Gefährdung der Voraussetzungen für eine friedliche Weltordnung und für Zivilisation überhaupt entwickelt. Man könnte also entweder das Hexagon zu einem Heptagon erweitern oder die Kriterien drei (Affektkontrolle) und sechs (konstruktive Konfliktbearbeitung) zusammenlegen. Senghaas hat demgegenüber argumentiert, dass es bei seinem Modell nicht um wie immer gravierende Problemfelder gehe (da könnte man z.B. auch die Nuklearrüstung nehmen, die er selbst nicht als Beispiel nennt), sondern überhaupt um die Fähigkeit politisierter Gesellschaften, konstruktiv mit öffentlich relevanten Konflikten umzugehen. Erst wenn die Ökologie-Problematik diese Konstitutionsbedingungen „in die Brüche gehen“ ließe, wäre das Hexagon erweiterungsbedürftig (Senghaas 2004: 132-134).

Die Übertragung des Hexagons auf die internationale Ebene, die in der normativen Perspektive auf eine Summe von Zivilgesellschaften oder gar eine einzige Weltzivilgesellschaft hinausliefe (vgl. dazu Senghaas 2004: 47-80), offenbart in der aktuellen Empirie erhebliche Defizite. Die genannten Voraussetzungen sind nur teilweise und dabei höchst ungleich erfüllt. Am weitesten dürfte die Zivilisierung in den Ländern der EU bzw. im OECD-Bereich verwirklicht sein, wobei hier jedoch Externalisierungen zu Lasten der globalen Ökologie und der Ökonomien in den Entwicklungsländern zu berücksichtigen wären. Doch trotz ihrer im Weltmaßstab unvergleichlich günstigen Lage nimmt die Zustimmung der EU-Europäer zu ihrem gemeinsamen Projekt ab und gewinnen nationalistische oder rechtspopulistische Parteien und Bewegungen deutlich an Zulauf.

Selbst in Deutschland, einem der wohlhabendsten Länder der Welt und einer der stabilsten Demokratien, lassen sich bedenkliche und mögliche Regressionen fördernde Defizite ausmachen. Dazu gehört ein erheblicher Mangel in der Nachhaltigkeit der Ökonomie wie die unzulängliche Bankstabilisierung, der unzureichende Umweltschutz oder die signifikante Unterausstattung der öffentlichen Hand bei Infrastrukturmaßnahmen und in der Bildungspolitik. Was den Bereich der sozialen Gerechtigkeit angeht, darauf hat u.a. der am 5. Juli 2014 verstorbene Hans-Ulrich Wehler mehrfach mit Nachdruck hingewiesen (s. SZ vom 12.5.2014: 10), so hat die Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung in den letzten 25 Jahren erheblich zugenommen und in einigen Bereichen obszöne Ausmaße erreicht. Auch gegenüber den demokratischen Kompetenzen der Bürger sind Zweifel angebracht. 1951 äußerten – und das ist bestürzend, aber nicht verwunderlich – bei einer Umfrage 40% der befragten Westdeutschen noch die Meinung, die Nazi-Zeit sei besser gewesen als die Neuordnung in der BRD (Wikipedia s.v. Vergangenheitsbewältigung). Bei einer Umfrage im Jahre 2014 identifizierten sich jedoch immer noch 15,6% der Gesamtdeutschen überwiegend oder voll und ganz mit der Aussage, das Land brauche jetzt „eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“ (Decker et al. 2014: 32).

Schaut man auf die Welt außerhalb der OECD und damit auf die große Mehrheit der Menschheit, so verdunkelt sich die Zivilisierungsperspektive z.T. erheblich. Bei vielen Entwicklungsländern handelt es sich um politisierte Gesellschaften ohne sicheres Gewaltmonopol und ohne erprobte Rechtsstaatlichkeit, um Gesellschaften ohne leistungsfähige Ökonomien und ohne stabile demokratische Kultur. Zwar hat es bislang keine Kriege zwischen Großmächten mehr gegeben – auf Dauer ausgeschlossen sind sie damit nicht –, aber die Kriegstätigkeit hat sich in die Einzelstaaten verlagert bis hin zum Verfall. Die Euphorie über den arabischen Völkerfrühling, der im Dezember 2010 begann, hat sich schnell gelegt, hat er doch mehrheitlich in den latenten und sogar manifesten Bürgerkrieg oder in ein neues autoritäres Regime geführt (vgl. dazu Ruthven 2014). Große Teile der islamisch geprägten Welt befinden sich gegenwärtig in einer schweren Gewalt- und Entwicklungskrise.

Ohne eine gute Ordnung in den einzelnen staatlich organisierten Gesellschaften aber wird es auch keine gute Weltordnung geben. Die Zivilisierung der Konflikte, in welche die Moderne traditionale Gesellschaften in ihrem unvermeidlichen Politisierungs- und Pluralisierungsprozess stürzt, ist „eine nicht endende Herausforderung“, so nun wieder Dieter Senghaas. Sie ist zugleich „eine unabweisbare politische Aufgabe, ohne deren Bewältigung Friedensarrangements jenseits der einzelnen Staaten und Gesellschaften brüchig bleiben, von den Erfolgchancen einer nachhaltigen Weltordnungspolitik (*global governance*) ganz zu schweigen“ (2012: 240).

3. Überstaatliche Weltordnungen

3.1 Imperien

Imperiale Herrschaft zählt seit Jahrtausenden zu den Weltordnungen, sie hat erst im 20. Jahrhundert an Prominenz verloren (zur Geschichte vgl. Darwin 2010; Burbank/Cooper 2012). Mit der Auflösung des osmanischen Vielvölkerreiches und dem Zerfall der Habsburger Monarchie nach 1918 schien das Ende von Imperien gekommen zu sein. Erst mit der herausragenden Stellung der Vereinigten Staaten nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, der Auflösung des sowjetischen Vielvölkerstaates, der Globalisierung unter kapitalistischen Vorzeichen, der normativen Hegemonie des westlichen Liberalismus und insbesondere nach den Anschlägen vom 11. September 2001 ist die Idee einer imperialen Weltordnung wieder auf die Tagesordnung politisch-konzeptioneller Debatten gerückt. Könnte nicht nach dem Ende der Bipolarität von Imperien gelernt werden, wie die Vereinigten Staaten als Ordnungsmacht mit globalen Turbulenzen, mit Staatszerfall, Terrorismus, Völkermord und nuklearer Proliferation so umgehen sollten, dass Wohlstand und Frieden für immer mehr Menschen erreicht würden?

In allen heute vertretenen Vorstellungen von Imperium steht das tief im historischen Gedächtnis Europas und der USA verankerte Vorbild Roms Pate, hatten doch im Römischen Imperium in einem für damalige wie auch heutige Verhältnisse sehr langen Zeitraum von dreihundert Jahren viele Menschen in relativem Wohlstand, auf einem hohen zivilisatorischen Niveau und vor allem in Sicherheit und Frieden gelebt (vgl. u.a. Bender 2003, Münkler 2005, Maier 2006).

3.1.1 Merkmale von Imperien

Imperien sind tendenziell grenzenlos und beanspruchen die Beherrschung der zur jeweiligen Zeitepoche bekannten Welt (vgl. etwa Ferguson 2004, Münkler 2005, Leitner 2011). Da es jedoch erst seit dem Britischen Empire (zur Geschichte vgl. Darwin 2013) denkmöglich ist, eine *universale* Herrschaft zu etablieren, waren die historischen Imperien faktisch begrenzt; jenseits des „Limes“ lebten die „Barbaren“, zu denen unterschiedliche asymmetrische Klientelbeziehungen bestanden, die durch gelegentliche „Strafexpeditionen“ unterbrochen wurden. Vom Selbstverständnis gibt es gegenüber Imperien keine Gleichen. Ihre Eliten formulieren ein Sendungsbewusstsein, das ihnen eine zivilisatorische Sonderrolle zuspricht. Dies mögen religiöse oder religiös aufgeladene politische Motive sein wie z.B. ein sakralisiertes Königtum in den Alten Reichen Mesopotamiens (vgl. Breuer 1987), eine politisch-zivilisatorische Einmaligkeit wie im Imperium Romanum, die Verbreitung von Freihandel und Zivilisation wie im British Empire und *manifest destiny* in der Zivilreligion der Vereinigten Staaten.

Aufgrund ihrer organisatorischen Leistungsfähigkeit für die Verwaltung einer arbeitsteiligen Wirtschaft und Gesellschaft sind Imperien in ihrer Blütezeit anderen politischen Einheiten militärisch überlegen; hinzu kommt eine zivilisatorisch-kulturelle oder auch wirtschaftliche Anziehungskraft für diejenigen, die außerhalb des Imperiums leben oder (noch) nicht zu seinem herrschenden Zentrum gehören. Insgesamt besteht jedoch eine starke Asymmetrie zwischen „Zentrum“ und „Peripherie“ in allen Bereichen von Politik, Wirtschaft, Kultur und Militär. Imperien sind Herrschaftsverbände, die über eine große Anzahl vor allem religiös, kulturell und ethnisch heterogener Gruppen Macht ausüben, zumal sie in der Regel über Eroberung zustande gekommen sind. Aber

sie können nicht auf Dauer bestehen, wenn sie *nur* über Gewalt herrschen, und stabile Imperien zeichnen sich gerade dadurch aus, dass sie die Loyalität ihrer Untertanen durch zivilisatorische Anziehung und die Chance des sozialen Aufstiegs, also durch Sozialisierung, gewinnen. Dies gilt vor allem für die Zeit nach der „augusteischen Schwelle“ (Doyle 1986: 93ff), wenn Imperien ihre Expansionsphase beendet haben und sich der Konsolidierung ihrer Herrschaft widmen.

Trotz der Integration durch Sozialisation schwebt über Imperien jedoch stets das Damoklesschwert der Rebellion von Bevölkerungsgruppen, die sich vom Zentrum ausgeschlossen fühlen und daher von ihm unabhängig werden wollen oder von außen die Grenzen bedrohen. Vor allem in den Zerfallsphasen von Imperien und ganz besonders mit dem Aufkommen von Nationalstaaten und nationaler Selbstbestimmung werden sie von ihren inneren Gegnern häufig als „Völkergefängnis“ bezeichnet. Deshalb durchzieht alle Imperien eine Geschichte der Aufstandsbekämpfung und der Pazifizierungskriege – vor allem an der Peripherie –, mit denen die imperiale Herrschaft und damit der Frieden wiederhergestellt werden sollen (vgl. Osterhammel 2005, Barth/Osterhammel 2005).

Solche Pazifizierungskampagnen zeichnen sich dadurch aus, dass für sie Regeln wie die des seit Beginn des 20. Jahrhunderts bestehenden humanitären Kriegsvölkerrechts nur eingeschränkt gelten. Angesichts der Asymmetrie der eingesetzten Mittel und weil auch anti-imperiale Gegner sich meist nicht oder allenfalls aus taktischen Gründen an das Recht im Kriege halten, kommt es häufig zu einer Entfesselung der Gewalt. Eng verbunden mit Interventionen zur Sicherung der Herrschaftsordnung ist die Thematik der imperialen Überdehnung (vgl. Kennedy 1987). Militärische Bestrafungsaktionen sind nicht immer erfolgreich, Imperien verstricken sich oft in langwierige Feldzüge ohne eindeutigen Sieg oder Niederlage. Irgendwann sind auch die Mittel eines Imperiums erschöpft oder – wie in modernen Gesellschaften – schwindet die Unterstützung durch die Bevölkerung. Unter anderem deshalb durchzieht die Debatte über Imperien stets das Narrativ vom Aufstieg und Niedergang (als Klassiker Montesquieu 1734/1957 und Gibbon 1776/2000).

3.1.2 Die gegenwärtige Debatte über eine imperiale (oder hegemoniale) Weltordnung

Ohne Zweifel sind die USA nach dem Niedergang des britischen Empire im Gefolge des Ersten und des Zweiten Weltkrieges bis heute die überragende Gestaltungsmacht der internationalen Politik, sowohl in dem, was sie tun, als auch in dem, was sie unterlassen, und zwar auch in den ökonomischen Krisen, für die sie als Vormacht und Repräsentant einer liberal-kapitalistischen Weltordnung in Verantwortung stehen. Allein sie haben die militärischen Kapazitäten, um weltweit zu intervenieren. Allerdings unterscheiden sich die USA von allen ihren imperialen Vorgängern dadurch, dass sie seit dem Beginn ihrer imperialen Rolle 1945 keine Politik der Vergrößerung ihres Staatsgebiets mehr angestrebt haben. Insofern sind sie formell kein Imperium, sondern aus dem Blickwinkel einer staatenzentrierten Weltordnung ein Hegemonialstaat. Der *exceptionalism* gibt den Vereinigten Staaten eine welthistorische Mission der Friedens- und Wohlförderung (vgl. Lipset 1997), und die ökonomische wie kulturell-zivilisatorische Ausstrahlung, die von den USA und den mit ihr verbundenen liberal-kapitalistischen Weltordnungsvorstellungen ausgeht, erreicht weiterhin viele Menschen, die Freiheit und Demokratie einfordern (zur Unterscheidung zwischen Imperium und Hegemonie im einzelnen Menzel 2013).

Jenseits dieses Befundes stellt sich die Frage nach der normativen Qualität einer imperialen bzw. hegemonialen Weltordnung (vgl. Jaberg/Schlotter 2005). Inwieweit vermindert sie die zwischen- oder innerstaatliche Gewalt generell und mehr als eine Weltstaatenordnung? Inwieweit schafft sie über die Größe von Räumen sowie die Gewährleistung rechtlicher Ordnung und innerer Sicherheit wirtschaftlichen Austausch und damit Wohlstand für mehr als nur die Herrschaftseliten? Diese Fragen lassen sich nicht eindeutig beantworten, noch weniger die ihrer empirischen „Governance-Leistung“ (Münkler 2007). Den Kriterien von Gleichheit und Selbstbestimmung historisch entstandener „Völker“ entsprechen Staatenordnungen mit ihrer polyzentrischen Struktur mehr als hierarchische Ordnungen, deren Herrschaft vom Zentrum zur Peripherie hin organisiert ist. In ihrer

Blütezeit mögen Imperien durch die Sicherung weltweiter Handelswege Wohlstandsgewinne hervor- gebracht haben, wenn auch um den Preis der Ausgrenzung derer, die nicht dazu gehörten. Was die zwischenstaatliche Gewalt angeht, so ist die Staatenordnung zwar kriegsträchtig, aber imperiale Ordnungen vermindern nur in der Phase ihrer Funktionserfüllung kriegerische Gewalt – allerdings um den Preis, dass immer wieder Aufstände und Rebellionen drohen. Gerade die – qua Definition eines Imperiums – Nicht-Berücksichtigung nationaler Selbstbestimmung macht sie anfällig für Gegengewalt. Eher positiv einzuschätzen ist die Leistung, die Imperien für eine großräumige Rechtsordnung erbringen. Sie schaffen Rechtssicherheit, wenn auch zu ihren Bedingungen.

Bereits in den 1980er Jahren wurde von Wissenschaftlern unter dem Begriff der *hegemonic stability* (zusammenfassend Hasenclever et al. 1997: Kap. 4) die besondere Verantwortung der USA als Hegemon für die Stabilität der damaligen westlichen Welt thematisiert, ja die gesamte Regime-Diskussion der Zeit kreiste um die Frage, ob es internationale Regelwerke geben könne, die *nicht* durch einen Hegemon geschaffen und stabilisiert werden (Keohane 2005). Paul Kennedy (1987) popularisierte den Begriff des *imperial overstretch*, der – wenn ihm nicht entgegengewirkt werde – zum Niedergang amerikanischer Macht führen werde. Es kam aber nicht dazu, sondern zum Niedergang der Sowjetunion, und den USA wuchs eine neue weltpolitische Rolle zu. „Empire Amerika“ (Sznajder/Speck 2003) wurde nicht nur von amerikanischen Neo-Konservativen, sondern auch von einem Teil des liberalen Spektrums ausdrücklich als etwas Positives und Wünschenswertes angesehen. Die außen- und gesellschaftspolitischen Probleme der „Ordnungs- versuche“ in Afghanistan und im Irak haben die USA jedoch erneut mit den Risiken imperialer (oder hegemonialer) Überdehnung konfrontiert. Gleichwohl gelten Freihandel, Demokratie und internationale Organisation weiter als Grundbedingungen für Frieden und Wohlstand. Sie werden – einmal weniger, einmal mehr offensiv – vom Zentrum USA und dem von ihm geprägten Raum aktiv vorangetrieben, auch über internationale Organisationen, die sich normativ den gleichen Zielen verpflichtet sehen. Die größte Herausforderung für die Weltpolitik der USA stellt die Integration der aufsteigenden Groß- und potenziellen Weltmacht China in einen konstruktiven Multilateralismus dar (zur aktuellen Entwicklung und den Perspektiven US-amerikanischer Welt- ordnungspolitik ausführlich Hagemann et al. 2014).

3.2 Globaler Kapitalismus

Im Rahmen marxistischer Weltordnungsvorstellungen spielte das Verhältnis zwischen Staaten- system und Weltmarkt, das „Übergreifen der bürgerlichen Gesellschaft über den Staat hinaus“ (Karl Marx), von Anfang an eine zentrale Rolle. Dabei hat Marx selbst bekanntlich die Rolle der Staaten erheblich unterschätzt. Spätere Diskussionen haben sich bemüht, dieses Defizit auszu- gleichen, und zwar mit unterschiedlichen Ergebnissen (vgl. dazu Deppe et al. 2004, ten Brink 2008, Callinicos 2009). In der aktuellen neo-marxistischen Debatte reichen die Differenzen bis in die Verwendung der zentralen Kategorien. Und auch in dieser Diskussion spiegelt sich die allgemeine Kontroverse zwischen Globalisten (Vorrang der [kapitalistischen] Globalisierung) und Etatisten (nach wie vor zentrale Bedeutung staatlicher Politik).

Bei Immanuel Wallerstein differenziert sich das moderne kapitalistische Weltsystem aus nach Zentren, Peripherien und Semiperipherien, deren Austauschprozesse die Peripherien systematisch benachteiligen. Parallel dazu kommt es zu zwei großen zyklischen Bewegungen. Eine betrifft die nach ihrem Entdecker benannten Kondratieff-Zyklen der Expansion und Stagnation in der Welt- wirtschaft von fünfzig bis sechzig Jahren Länge. Der zweite, wesentlich langsamere Zyklus bezieht sich auf die Hegemonie einzelner ökonomisch, militärisch und kulturell überlegener Mächte, mit deren Niedergang auch die jeweilige Ordnung des Staatensystems erodiert bzw. neu, d.h. eventuell auch durch Staatensysteme ohne Hegemon, begründet werden muss (so die Zusammenfassung bei Wallerstein 2011: 276; vgl. dazu auch Callinicos 2009: 128ff).

Auf andere Weise als Wallerstein, dem man immer wieder Ökonomismus vorgeworfen hat (vgl. z.B. Krell 2009: 290-292), betonen Michael Hardt und Antonio Negri das Gewicht der Ökonomie

gegenüber der Politik. Bei ihnen sind *Imperialismus* und *Empire* historisch klar geschiedene Herrschaftsformen. Im Gegensatz zu den linear geschlossenen Räumen des Imperialismus beruhe das *Empire* auf dem Modell, „unablässig auf unbegrenztem Raum vielfältige und singuläre Netzwerkbeziehungen neu zu schaffen“; es verfüge nicht mehr über ein territoriales Zentrum, es sei „dezentriert und deterritorialisierend“. Der neue Souverän seien also nicht mehr die Nationalstaaten, sondern das flexible und mobile Kapital, das über drei globale und unumschränkte Instrumente verfüge: die Atombombe (sic!), also die unumschränkte Fähigkeit zur Zerstörung, das Geld (ein transnationales monetäres Gebäude) und den Äther (die transnationalen Kommunikationssysteme). Trotz dieser ungeheuren Unterdrückungs- und Zerstörungspotentiale in den Händen des Empire ergäben sich aus der imperialen Globalisierung neue Möglichkeiten der Befreiung. In den schöpferischen Qualitäten der *Multitude*, der großen Mehrheit, die das Empire trage, liege die Chance für ein Gegen-Empire, das den weltweiten Strömen und Austauschverhältnissen eine andere politische Gestalt geben, d.h. „im Namen der gemeinsamen Freiheit“ ein Netzwerk produktiver Kooperationen konstituieren werde (Hardt/Negri 2003, die Zitate 10, 13, 94, 356).

Wieder anders kombinieren David Harvey (2005) oder Alex Callinicos (2009) Ökonomie und Politik in ihren Analysen des „Neuen Imperialismus“ und der globalen politischen Ökonomie. Bei ihnen bestimmen zwei unterschiedliche Logiken den Kapitalismus: die territoriale und die kapitalistische Logik der Macht, wobei Imperialismus einmal als Befehlsgewalt über ein Territorium begriffen wird, zum zweiten als diffuser politisch-wirtschaftlicher Prozess in Raum und Zeit, in dem die Befehlsgewalt über Kapital und seine Verwendung Vorrang haben (ten Brink 2008: 231f, durchgängig Callinicos 2009, z.B.: 67). Die Schwierigkeiten der Vermittlung zwischen den beiden Logiken zeigen sich exemplarisch bei Callinicos, der den Kern des Imperialismus einmal als „die anhaltende weltweite Dominanz einer Handvoll Großmächte“, dann wieder als „die Schnittstelle zwischen wirtschaftlichem und geopolitischem Wettbewerb“ und schließlich als „generalisierte symbiotische Beziehung [...] zwischen Staatenbildung und geopolitischer Expansion auf der einen und kapitalistischer Wirtschaftsentwicklung auf der anderen Seite“ definiert (2009: 8, 136, 138). So bleibt trotz der relativen Eigendynamik, die dieser Ansatz der politischen Sphäre einräumt, die Logik der territorialen Macht unklar, bleiben die imperialistische Tendenz der Bourgeoisie und das Verhältnis des Staates zu den verschiedenen Klassen und zur Zivilgesellschaft unzureichend belegt oder zu wenig differenziert (so die Kritik bei Deppe et al. 2004: 117f).

Den entschiedenen Gegenpol vor allem zu Hardt und Negri haben Leo Panitch und Sam Gindin bezogen, indem sie die dominierende Rolle der USA im Prozess der Herausbildung eines globalen Weltmarkts von 1945 bis heute im Detail nachzeichnen. Der amerikanische Staat (bzw. seine herrschenden Eliten) sei der zentrale Akteur dieses Prozesses, und das *American Empire* als dominierende Macht deshalb so erfolgreich, weil es seine Position nicht auf nackte Herrschaft aufgebaut habe, sondern auch die Interessen weniger mächtiger Staaten bzw. ihrer Eliten in eine Ordnung einzubinden verstehe, die auch ihnen plausibel erscheine. Damit hätten die USA zusammen mit den anderen führenden kapitalistischen Staaten eine erfolgreiche Antwort auf die Jahrhundertkrise (imperialistische Rivalitäten, Erster Weltkrieg, Weltwirtschaftskrise und totalitäre geostrategische und geo-ökonomische Herausforderungen im Zweiten Weltkrieg) gegeben. Die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung mit den anderen Industriestaaten und mit zahlreichen Entwicklungsländern, die mit einer Transnationalisierung der Staatsfunktionen verbunden sei, bewirke eine dauerhafte Pazifizierung der früheren innerimperialistischen Beziehungen. Trotz aller Probleme blieben die USA auch aktuell der „unchallenged manager“ des globalen Kapitalismus, nicht die EU, nicht China, und schon gar nicht ein deterritorialisertes Kapital, das für die Organisation und Koordination seiner gesellschaftlichen ebenso wie seiner transnationalen Ziele und Handlungsweisen ganz entscheidend auf die Staaten und hier vor allem die USA angewiesen sei (Panitch/Gindin 2012: 336f).

Von bestimmten typischen Sprachfiguren abgesehen, ergeben sich in der Sachanalyse erstaunliche Gemeinsamkeiten zwischen Panitch/Gindin, die – ohne selbst theoretisch zu werden – eher im Sinne des neogramscianischen transnationalen historischen Materialismus argumentieren, und G.

John Ikenberry, der die amerikanisch dominierte Weltordnung bewusst und theoretisch begründet nicht als Empire, sondern als *liberal hegemony* bezeichnet und sie institutionalistisch deutet (Ikenberry 2011), wobei er phasenweise oder sektoral durchaus imperiales Verhalten der USA konzidiert. Oder mit Herman M. Schwartz' Analyse der Herausbildung und Entwicklung der globalen Ökonomie, die in einer keynesianischen Tradition steht. Nach Schwartz hat die Aufkündigung der fordistisch-keynesianischen Kopplung von Produktivitätsfortschritt und Lohnentwicklung zu einem chronischen Nachfragedefizit geführt. Der lange Boom der neunziger Jahre wurde entscheidend durch einen fahrlässig mit privaten Schulden und Hypotheken finanzierten Konsum und durch die ebenso fahrlässige Verbriefung kumulierter Hypotheken und die grandiose weltweite Verbreitung dieser Papiere gestützt. Mit dem Platzen der US-Immobilienblase waren auch die auf ihr aufbauenden Derivate nicht mehr kontrollierbar. Die Dominoeffekte des Zusammenbruchs führten zur Krise des inzwischen weltweit vernetzten Finanzsystems, die bekanntlich nur durch massive und koordinierte Staatsinterventionen aufgefangen und vorläufig gestoppt werden konnte (Schwartz 2010: 317-320 oder Panitch/Gindin 2012: Kap. 12: *American Crisis/Global Crisis*).

Die Krisenanfälligkeit des US-dominierten globalen Kapitalismus, aktuell vor allem die unzulängliche Regulierung der Finanzmärkte (dazu auch Admati/Hellwig 2014) und die hohe private und staatliche Verschuldung, ist Allgemeingut marxistischer und nicht-marxistischer Analysen. So bleibt als ein wichtiges Unterscheidungskriterium die Hoffnung auf eine Ordnung jenseits des Kapitalismus, an der alle hier referierten neo-marxistischen Autoren ohne substantielle Evidenz und ohne eine seriöse Analyse des Scheiterns des Sozialismus festhalten.

4. Globale Vergesellschaftung und Weltstaatlichkeit

4.1 Die Welt zwischen *International Society* und Weltgesellschaft

Vorstellungen von einer Einheit der Welt gab es schon, als sie noch gar nicht als Ganze bekannt war. Zwar hat es noch nie eine wirkliche Weltregierung gegeben, aber schon oft Regierungen, die über einen großen Teil dessen bestimmten, was für ihre damaligen Untertanen die bekannte Welt war. Nur nebenbei sei daran erinnert, dass auch in der neuzeitlichen Moderne, und zwar bis ins 20. Jahrhundert, keineswegs immer alle Menschen, nicht einmal alle Männer, gemeint waren, wenn von *den* Menschen, ihren Rechten und einer gemeinsamen Menschheitsperspektive die Rede war; so z.B. bei Immanuel Kants „Weltbürgern“, bei Thomas Jefferson und der Unabhängigkeitserklärung der USA oder bei Woodrow Wilson und der Ordnung des Völkerbundes. Dieses Problem ist, zumindest in der Theorie, durch die Globalisierungsschübe seit dem Zweiten Weltkrieg „vom Tisch“. Aber ob es schon eine Art *Weltgesellschaft*, also eine „fortschreitende Zusammenfassung der menschheitlichen Zivilisation aller Völker in einem Gesellschaftskörper“ gibt (so der Soziologe Albert Schäffle [1831-1903] schon 1896, nach Luhmann 1975: 51), ist bis heute umstritten. Der Gedanke einer Vergesellschaftung über die einzelnen Nationalstaaten hinaus ist den Weltordnungskonzepten in den Sozialwissenschaften aber keineswegs fremd. In der so genannten Englischen Schule spielt er schon seit langem eine zentrale Rolle, und auch in der Soziologie ist er ein wichtiges Thema geworden (vgl. Stetter 2013).

Die Voraussetzung für eine *international society* ist auch in Hedley Bulls Studie von 1977/1995, einem zentralen Dokument der Englischen Schule, ein Staatensystem (*system of states* oder *international system*). Staaten bilden ein System, wenn es zwischen ihnen zu regelmäßigen Kontakten kommt und wenn ihre Interaktionen ein Niveau erreichen, welches das Verhalten eines jeden Systemmitglieds zu einem notwendigen Element in den Kalkülen der anderen macht (Bull 1977/1995: 10). Eine *society* bilden sie erst, wenn sie sich in ihren Beziehungen an einen gemeinsamen Satz von Regeln gebunden fühlen und sich an gemeinsamen Institutionen beteiligen.

Bei Bull umfasst das *world political system* das Staatensystem und die nationalen politischen Systeme, aber auch bei ihm schon „the world-wide network of interaction“, zu dem nicht nur

Staaten sondern auch andere politische Akteure gehören, und zwar „both ‘above‘ the state and ‘below‘ it“ (Bull 1977/1995: 266). Bull kennt auch den Begriff der Weltgesellschaft; deren Existenz würde aber ein Verständnis gemeinsamer Interessen und Werte der gesamten Menschheit voraussetzen, und das sieht er allenfalls embryonal gegeben. Hinzu kommt, dass die weltgesellschaftlichen Tendenzen hochgradig asymmetrisch verlaufen. Integriert wird bislang nicht oder nur in Ansätzen eine Weltgesellschaft als Ganze, sondern eher die dominante westliche Kultur. Große Teile der Weltbevölkerung haben an diesem Sozialisationsprozess gar keinen Anteil, und andere wehren sich heftig, auch mit Gewalt, dagegen (auf der Grundlage von Bull 1977/1995: 269-271; vgl. auch Richter 2000, Brown 2000, teilweise Hurrell 2007).

In einer Weiterentwicklung verzichtet Andrew Hurrell (2007) auf die Kategorie des internationalen Systems, und zwar mit der Begründung, es gebe so gut wie keine zwischenstaatlichen Beziehungen, die ganz ohne Formen der Verregelung auskämen. Die *international society* umfasst bei ihm alle Akteursgruppen (Staaten, NGOs, Individuen) und bewegt sich auf einem kontrovers zu diskutierenden Spektrum zwischen „Pluralismus“ (Minimalbedingungen für Koexistenz) und „liberalem Solidarismus“ (kosmopolitische Institutionalisierung). Hurrell erörtert dieses Programm an verschiedenen Feldern (Nationalismus und Identität; Menschenrechte und Demokratie; Krieg, Gewalt und kollektive Sicherheit; wirtschaftliche Globalisierung in einer ungleichen Welt; die ökologische Herausforderung) und in einer Art innerem Dialog zwischen einem moderaten Realismus und einem liberalen Kosmopolitismus. Der Begriff der *world society* spielt bei ihm so gut wie keine Rolle.

Andere konzeptionelle Konsequenzen aus teilweise vergleichbaren empirischen Befunden zieht die funktionalistische Systemtheorie, die der Soziologe Niklas Luhmann (1927-1998) begründet hat. Er hatte schon 1975 in einem Epoche machenden Beitrag seine These von der Weltgesellschaft zunächst mit der Möglichkeit weltweiter Kommunikation begründet (Luhmann 1975: 53):

Ein Argentinier mag eine Abessinierin heiraten, wenn er sie liebt; ein Seeländer in Neuseeland Kredit aufnehmen, wenn dies wirtschaftlich rational ist; ein Russe technischen Konstruktionen vertrauen, die in Japan erprobt worden sind; ein französischer Schriftsteller in Ägypten homosexuelle Beziehungen suchen; ein Berliner sich auf den Bahamas bräunen, wenn ihm dies ein Gefühl der Erholung vermittelt.

Was macht aus dieser weltweiten Kommunikation einen Weltzustand, so fragte Luhmann weiter. Einmal das „immense Anwachsen der Kenntnisse über Fakten des Lebens und der Interaktionsbedingungen aller Menschen“. Hinzu komme die universelle Verbreitung wissenschaftlichen Wissens und technologischer Errungenschaften mit einem weltweiten wissenschaftlich-technischen Kommunikationsnetz. Als drittes nannte er eine weltweite öffentliche Meinung, dann „weltweite wirtschaftliche Verflechtungen“ und „weltweite Möglichkeiten der Bedarfsdeckung“; er sprach sogar von einer „auf Weltfrieden beruhenden Verkehrszivilisation“, in der sich ein „urban erzogener Mensch gleich welcher Provenienz“ zurechtfinde. Die Weltgesellschaft sei dadurch entstanden, dass die Welt durch die Prämissen weltweiten Verkehrs vereinheitlicht worden sei (Luhmann 1975: 54f).

Dass diese Ausführungen in auffälliger Weise auf ein bürgerliches Segment der Weltbevölkerung zugeschnitten sind, stört die funktionalistische Systemtheorie nicht; gemeinsame Wertebezüge oder annähernde Gleichheit in den Lebensverhältnissen sind in den Augen vieler ihrer Vertreter kein Argument gegen die Weltgesellschaft, die allein mit der „vollkommene Erschließung des Erdballs“ begründet wird. Die Weltgesellschaft ist keine einheitliche Gesellschaft, sie ebnet weder Unterschiede ein noch ist sie irgendwie integriert, schon gar nicht normativ: „Sie bezeichnet vielmehr die Einheit der Differenz des Weltgesellschaftssystems und wird ausschließlich durch *Kommunikation* konstituiert“ (Albert 2002: 36). Mit der Weltgesellschaft entfallen alle anderen Gesellschaften; sie werden nicht von ihr überlagert, es gibt sie nicht mehr: „Weltgesellschaft meint den Sachverhalt, dass Gesellschaft nur noch einmal vorkommt“ (Stichweh 2000: 216).

Freilich gibt es von Vertretern der funktionalistischen Systemtheorie auch zurückhaltendere Äußerungen. So fragen Albert und Mahler selbst in einem neueren Beitrag, ob nicht die Soziologie

in der Entdeckung des Globalen bzw. der Globalisierung das Internationale einfach übersprungen habe (2013: 59). Und in früheren Beiträgen hat Albert zusammen mit Lothar Brock und der AG Weltgesellschaft das internationale System, die Staatengesellschaft und die Weltgesellschaft verbunden bzw. als sich erweiternde Schichten aufaddiert, dabei allerdings die Weltgesellschaft stärker in ihr eigenes Recht oberhalb der Staatengesellschaft eingesetzt, als das die genannten Autoren der Englischen Schule tun. Auch Vertreter der funktionalistischen Systemtheorie sprechen wiederholt nur von (Welt-)Vergesellschaftungstendenzen (World Society Research Group 2000; Albert/Brock 2000: 42; Willke referiert bei Albert 2002: 335). Czempels Einwand, der Begriff der Weltgesellschaft sei mehr metaphorischer als analytischer Qualität, denn die Welt sei noch weit von einem Zustand entfernt, der sie als Weltgesellschaft ausweisen würde, erscheint uns also immer noch plausibel (Czempel 1981: 75, 1999: 60; vgl. auch die Kritik bei Richter 1992: 172).

4.2 Zwischen *Global Governance* und Weltstaat

Geht man von einem Modell der Sicherheits- und damit auch Machtkonkurrenz zwischen den Staaten aus, dann wäre – analog zum Gedankenexperiment des Urzustands – ein Weltstaat die logische Konsequenz aus der auf die internationalen Beziehungen übertragenen kontraktualistischen Denkfigur. Nach dem Zweiten Weltkrieg z.B. hatten Vorschläge für eine Weltregierung Konjunktur (vgl. Clark/Sohn 1961). Daran knüpfen mit dem Aufkommen kosmopolitischer Weltordnungsvorstellungen in den 1990er Jahren und im Zusammenhang mit Debatten über Kants 200 Jahre alte Friedensschrift neuere Überlegungen zu einem Weltstaat an. So hat z.B. Otfried Höffe (2002) die Idee einer demokratischen, subsidiären und föderalen Weltrepublik im Detail ausgearbeitet (Literaturüberblick bei Cabrera 2010). Ausgehend von Hobbes' Konstrukt des „Kampfes aller gegen alle“ und von Hegels Geschichtsphilosophie des „Kampfes um Anerkennung“ hält Alexander Wendt (2003) den Weltstaat sogar für „unvermeidlich“.

Aber schon Kant war sich in dieser Angelegenheit nicht sicher. Eigentlich müssten die Staaten nach der Vernunft einen „immer wachsenden Völkerstaat (*civitas gentium*) bilden“; da sie das aber nicht wollten, bleibe an Stelle der „positiven Idee einer Weltrepublik“ nur das „negative Surrogat“ eines (Staaten- bzw. Völker-)Bundes (Kant 1797/2002: 20). Außerdem hatte Kant Vorbehalte wegen des Despotie-Risikos. Harald Müller nennt die Weltrepublik deshalb doppelsinnig „einen kosmopolitischen (Alb-)Traum“ (Müller 2008: 68-75). Ein weiterer Einwand ist ein logischer: Wenn die Welt wirklich so düster ist wie oft behauptet, dann stehen die Chancen für eine Weltregierung gleich Null. Wenn ihr Zustand deutlich besser ist, dann braucht sie keine (Hurrell 2007: 93).

Worüber gestritten werden muss, ist die Frage, ob es schon Anzeichen für Weltstaatlichkeit gibt, also Formen einer globalen Staatlichkeit *in statu nascendi*. Ein zentrales Kriterium für effektive Weltstaatlichkeit wäre die „Schaffung der Ermöglichungsbedingung für die Eindämmung von Willkür“ und damit vor allem die Institutionalisierung neuer Formen der Kontrolle von Macht, insbesondere militärischer Gewalt (Brock 2007: 164), also kurz gefasst ein kollektives Sicherheitssystem auf Weltebene. Dies bilden die VN trotz des satzungsmäßigen Gewaltverbots und des Vorrangs kollektiver Maßnahmen vor dem Recht auf Selbstverteidigung schon wegen des Vetorechts der ständigen Sicherheitsratsmitglieder (und damit der potentesten Ausüßer von Machtwillkür) nicht einmal in der Theorie. Hinzu kommt eine Paradoxie zwischen Normentwicklung und Verfahrenslegitimität, etwa bei humanitären Interventionen. Die Staatengemeinschaft hat sich zunehmend zum aktiven Schutz der Menschenrechte verpflichtet, aber sie hat keine wirksamen Verfahren entwickelt, um einerseits die Beschränkung der Ermessensfreiheit einzelner Staaten oder Staatengruppen sicherzustellen, zugleich aber angemessene Antworten auf massenhafte Notlagen zu finden, die sie aufgrund dieser Verpflichtungen nicht mehr ignorieren kann. Das liegt auch daran, dass es keinen Konsens über die Bewertung gravierender Menschenrechtsverletzungen gibt und dass sie weiterhin machtpolitisch instrumentalisiert werden (zum Thema kollektive Sicherheit bzw. Menschenrechte vgl. neben Brock auch Hurrell 2007: Kap. 6, 7; Rittberger et al. 2010, Kap. 7, 9; oder verschiedene Beiträge in Breitmeier et al. 2009).

Was das Weltrecht angeht, so ist durch die enorme Ausbreitung des internationalen Privatrechts eine „gänzlich neue Unübersichtlichkeit“ entstanden mit empfindlichen Kollisionen zwischen spezialisierten Rechtsregimen und ohne verlässliche Normenhierarchie. Während die Gerichte der entwickelten Nationalstaaten noch ihre Rechtseinheit garantieren können, erzeugen die sich weltweit ausbreitenden Gerichte, Tribunale, Panels und Schiedsgerichte „die allseits kritisierte Fragmentierung des globalen Rechts“. Man mag darin eine Grundlage für die Herausbildung von Weltstaatlichkeit sehen, eine einheitliche Verfassung lässt sich darin jedoch nicht erkennen (so Fischer-Lescano/Teubner 2007, die Zitate 43, 49). Auch bei den globalen Wohlfahrtsleistungen ist der Befund widersprüchlich. So schließt die „zerklüftete Textur globaler Gouvernanz“ (Leisering 2007: 201) Wohlfahrtsstaatlichkeit offenbar keineswegs aus. Aber Leisering nimmt die differenziert beschriebenen vielfältigen Ansätze zu einer globalen „Sozialpolitisierung“ insofern wieder zurück, als er den Schwerpunkt weltweiter Sozialpolitik doch nach wie vor auf nationalstaatlicher Ebene sieht, mit einer enormen Zunahme in Richtung „neuer Wohlfahrtsstaatlichkeit“ in Übergangsgesellschaften.

Eine friedensfördernde Weltöffentlichkeit wurde schon vom Internationalismus des 19. Jahrhunderts beschworen, etwa im Zusammenhang mit den ersten großen Weltausstellungen (vgl. Mazower 2013: Kap. 2). Sie konstituiert sich heute über bestimmte positive oder negative Weltereignisse, über Katastrophen, Sportfeste oder herausragende technische und wissenschaftliche Leistungen. Aber von einer über die politischen Aktivisten in den transnationalen Organisationen der internationalen Zivilgesellschaft und das politisch aufmerksame Publikum in den Nationalstaaten hinausgehende und tatsächlich Weltpolitik reflektierende und auf kompromiss- und konsensbildende Politikbeeinflussung zielende Weltöffentlichkeit wird man nicht sprechen können. Was bei der empirischen Evidenz einer möglichen Weltstaatlichkeit völlig fehlt, ist eine entsprechende „Semantik“, das heißt die passende Selbstbeschreibung für das politische System einer vorauszusetzenden Weltgesellschaft (Albert 2007: 19).

Von allen von uns berücksichtigten Schriften zur Analyse der großen Felder der *global governance* gibt sich das Lehrbuch von Rittberger/Kruck/Romund am optimistischsten. Die AutorInnen gehen theorienpluralistisch vor, wollen aber ihre „Neigung zu liberalen, rationalistisch-institutionalistischen Erklärungsansätzen“ nicht verleugnen (Rittberger et al. 2010: 37). Ihre Gesamteinschätzung, der Vorrang für das Modell des „heterarchischen Weltregierens gestützt auf multipartistische Politikkoordination und -kooperation“, gibt freilich u.E. die Differenzierung in der von ihnen selbst äußerst breit und gründlich recherchierten Evidenz nicht wieder. Das liegt wahrscheinlich daran, dass sie sich letztlich doch für eines ihrer vier konkurrierenden Modelle (die anderen drei sind 1. Sicherheitswettbewerb in der staatenweltlichen Anarchie, 2. Welt[bundes]staat und 3. quasi-hierarchisches Regieren durch einen Welthegeemon) glauben entscheiden zu müssen.

Zu skeptischeren Ergebnissen kommt Michael Zürn in einer Überprüfung von vier Modellen einer globalen Ordnung in kosmopolitischer Absicht. Zwar hätten sich internationale Institutionen entwickelt, die Autorität und weiche Herrschaft ausübten und tief in nationale Gesellschaften hineinwirkten; die Entwicklung von Elementen einer Weltstaatlichkeit verweise jedoch auf „strukturelle Grenzen der globalen Ordnung“. Materiell wie normativ widersetzten sich die Nationalstaaten einer Suprematie internationaler Institutionen, die gegen ein artikuliertes Interesse der USA, Chinas oder anderer aufstrebender Mächte wenig bewirken könnten. Was die transnationale Willensbildung angehe, so diene sie häufig nur wenig repräsentativen Partikularinteressen. Für die Ausbildung von Parteien, die eine weltanschaulich gestützte Auseinandersetzung tragen könnten, fehlten auf der globalen Ebene „jegliche Anzeichen.“ Es ließen sich keine Entwicklungen beobachten, die der Herausbildung einer transnationalen Solidarität oder der Anerkennung einer weitreichenden Suprematie internationaler Institutionen entgegen kämen (Zürn 2011: 98-110, die Zitate 99 und 103).

Dieter Senghaas geht noch weiter und kritisiert, viele Weltordnungsmodelle seien nur von „abstrakter Relevanz“ (2012: 160). Denn bei mehr als vier Fünfteln der Menschheit fehlten wichtige und in manchen Fällen sogar alle Voraussetzungen für den Aufbau inter- oder transnationaler

Regelwerke. Dieser elementare Sachverhalt werde in der *global governance* Debatte vielfach nicht einmal registriert. Für Senghaas ist die Welt bei allen globalen Vergesellschaftungstendenzen in vier Teilwelten mit ganz unterschiedlichen Integrations- und Kompetenzniveaus gespalten: die hochgradig und symmetrisch integrierte und pazifizierte OECD-Welt; die „neue Zweite Welt“ leidlich erfolgreicher Nachzügler in Ostasien und Osteuropa, zu der er auch China rechnet; eine sehr heterogene Gruppe der Dritten Welt mit nach wie vor erheblichen strukturellen Defiziten, vor allem einer „fragmentierenden nationalen Desintegration“; schließlich die Vierte Welt der *failing* (oder *failed*) *states*, die gesamtgesellschaftlicher Regression und militarisierten internen Konflikten ausgesetzt sind. Übersetzt in Bevölkerungszahlen manifestiere sich in diesen Zerklüftungen der realen Welt eine 16:37:37:10 Problematik.

Von einer anderen Spaltung der Welt geht Martin Shaw aus. Danach hätten wir es partiell durchaus schon mit einer Art vereinheitlichtem autoritativem Zentrum der Weltpolitik zu tun, das ein weltweites Netz verbindlicher Beziehungen generiert. Andererseits reproduziere sich die Pluralität staatlicher Macht in neuen Formen. Die erste Tendenz repräsentiere der *Western global state*, ein demokratisches Staatenkonglomerat bzw. ein „einziger Staat mit vielen Regierungen“ (Shaw 2000: 244), der in enger wechselseitiger Verbindung mit den internationalen Institutionen staatlicher Macht stehe. Die „anarchische“ Seite der Welt verträten einmal die noch verbliebenen quasi-imperialen Nationalstaaten (*sie* sind Imperien, *nicht* die USA oder der kapitalistische Westen), zum zweiten neue Proto- und Quasistaaten mit ihren gewaltsamen Ausscheidungskämpfen. Die treibende Kraft hinter dieser gespaltenen Weltstaatlichkeit sei die noch unvollendete demokratische Revolution. Für das 21. Jahrhundert sagt Shaw intensive Kämpfe um demokratische Freiheiten in der gesamten nicht-westlichen Welt voraus (Shaw 2000: 265).

Uns erscheint die Debatte über Weltstaatlichkeit teilweise als übertheoretisiert. Wenn z.B. Leisering, um seinen Befund in Einklang mit der funktionalistischen Systemtheorie bringen zu können, vorschlägt, versuchsweise von einem Weltwohlfahrtsstaat auszugehen, der „segmentär in nationale ‚alte‘ wie ‚neue‘ Wohlfahrtsstaaten differenziert“ sei (Leisering 2007: 200), wird nicht mehr sichtbar, worin der Erkenntnisgewinn einer solchen Sprachregelung liegen soll. Das heißt nicht, dass die Suche nach Elementen von Quasi-Weltstaatlichkeit keine interessanten empirischen Details liefern könnte. Aber immerhin kommt auch Stichweh zu dem Ergebnis, das System der Weltpolitik habe inzwischen eine solche „interne strukturelle Komplexität“ erlangt, dass der Staatsbegriff für deren Beschreibung zwar punktuell anregend, aber alles in allem diese interne Komplexität „nicht mehr angemessen zu rekonstruieren imstande“ sei (Stichweh 2007: 15).

Aus ähnlichen Gründen vermag uns auch das Konzept des *Western global state* bei Shaw nicht zu überzeugen. Außerdem fehlen bei Shaw die problematischen Seiten des Westens in der Gegenüberstellung mit der „anarchischen“ anderen „Hälfte“ der Welt (vgl. etwa die Kritik am Westen bei Hurrell 2007 oder Müller 2008). Shaws Idee einer die Moderne übergreifenden demokratischen Dynamik freilich erscheint uns als attraktiv, sie ist eine mögliche Alternative oder Ergänzung zu anderen Vorstellungen von grundlegenden Triebkräften wie Technologie oder Kapitalismus; und zwar auch dann, wenn man die katastrophalen „Umwege“ des 20. Jahrhunderts. und die gegenläufigen Tendenzen der letzten Jahre in Rechnung stellt.

5. Zusammenfassung und Perspektiven

5.1 Auslassungen

Viele wichtige Themen haben wir nur andeuten können, andere ganz weggelassen. So sind wir z.B. nicht näher auf eine mögliche Eskalation der Hegemonialkonkurrenz zwischen den USA und China eingegangen, die vor allem in den USA breit und kontrovers diskutiert wird (vgl. aber auch Senghaas 2013: 47-53 oder Wolf 2014). Beide Länder haben Stärken und Schwächen, und viele Entwicklungen lassen sich nicht zuverlässig in die Zukunft projizieren. China ist eine revisionistische Großmacht mit Weltmachtambitionen und vertritt territoriale Ansprüche gegenüber

mehreren Nachbarn mit immer mehr Nachdruck (vgl. Kreuzer 2014). Ob es sich noch in die Spielregeln „heterarchischer“ *global governance* einbinden lassen wird, ist ungewiss; da erscheint uns angesichts der neuen chinesischen Geopolitik die eine oder andere Einschätzung (z.B. bei Ritterberger et al. 2010: 75) als zu optimistisch. Hinzu kommt, dass die Rivalität zwischen den USA und China mit Konflikten zwischen den regionalen Großmächten in Südasien und Fernost und mit zwei hochgradig instabilen kleineren Nuklearmächten (Pakistan und Nordkorea) verknüpft ist. Die Nuklearwaffen der Großmächte sind ein möglicher Stabilisierungsfaktor, könnten aber auch wegen der Präemptionsrisiken eine kriegsträchtige Krise dramatisch eskalieren lassen. Wirtschaftliche Interdependenz ist gegeben, aber eben auch viel Prestigedenken und Nationalismus; sicherheitspolitische Institutionen fehlen fast völlig. All das weckt ungute Erinnerungen an die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs (vgl. Müller et al. 2014).

Ein *methodisches* Defizit unserer Analysen liegt darin, dass wir uns überwiegend mit rationalistischen Deutungen und Perspektiven der Weltordnung beschäftigt haben; das gesamte Spektrum individual- und sozialpsychologischer Aspekte bis hin zu groben Selbstschädigungen oder mörderischer Irrationalität wird allenfalls angedeutet (vgl. dazu aber Senghaas 2004, Kap. 3). Aus Platzgründen haben wir ein Kapitel über gescheiterte Weltordnungskonzepte wieder gestrichen. Besonders verstörend wäre in diesem Zusammenhang die nationalsozialistische Herrschaft, der utopische Entwurf einer biologisch konzipierten Weltgesellschaft, der auf eine Revolutionierung der Weltordnung gerichtet war: Völkerrecht sollte nur zwischen Völkern gleicher rassischer Herkunft möglich sein und der Krieg darüber entscheiden, wer im Recht ist. Macht setzt Recht, und der Hegemon hat das Recht zum totalen Krieg (Diner 1993: 77-123). Auch wenn der wahnhafte Rassismus und der primitive Gewaltkult Hitlers und Himmlers wenigstens ansatzweise „differenzierte“ Herrschaftsvorstellungen bei anderen führenden deutschen oder verbündeten Nationalsozialisten bzw. Faschisten überlagerte und nicht zum Zuge kommen ließ (vgl. Krüger 1993; im Detail Mazower 2008, z.B. Kap. 11), so darf man den Anteil wissenschaftlicher Beiträge von z.T. auch später noch namhaften Experten zur Konzeption eines autarken expansiven Raubkapitalismus und der Verdrängung bis hin zur Ermordung von Millionen von Menschen zugunsten „deutsch-arischen Lebensraums“ nicht unterschätzen (dazu Aly/Heim 1993).

Den Begriff Islamofaschismus für das aktuelle transnationale islamistische Terror-Netzwerk halten wir für unangemessen. Freilich handelt es sich auch hier (mit Varianten) um eine fanatisierte, gewalttätige und wahnhaft intolerante bis totalitäre regressive Reaktion auf die Moderne, die sich zugleich dieser Moderne anverwandelt; um den dritten großen Totalitarismus der jüngeren Geschichte mit einer eigenen, in diesem Fall islamischen, Tradition.

Gescheitert ist aber auch ein Weltordnungsentwurf, und das ist auf andere Weise verstörend, der im Gegensatz zum Nationalsozialismus und zum islamisch geprägten Totalitarismus der Aufklärung entstammte und auf die Emanzipation aller Menschen in einer progressiven Globalität setzte. Heute ist unbestreitbar, dass die dialektische Perspektive von kapitalistischer Globalisierung und proletarischer Menschheitsbefreiung nicht nur analytisch fahrlässig, sondern auch in Zahlen der Opfer äußerst kostspielig war. Die Mitverantwortung der Begründer des Marxismus gilt in besonderem Maße für das „Utopieverbot“, also den völligen Mangel an einer praktisch-politischen Ausformulierung des angestrebten Zustandes, in dem „die Herrschaft über Menschen“ durch die bloße „Verwaltung von Sachen“ abgelöst werden sollte. Es sei auch erwähnt, dass der autoritäre Führungsanspruch der Parteikader nicht erst von Lenin eingeführt wurde, sondern schon im Kommunistischen Manifest von 1848 angelegt war, auch wenn ihn Engels in seinen letzten Lebensjahren teilweise zurückgenommen haben mag. Trotz einer lebendigen und produktiven neomarxistischen Weltordnungsdebatte gehen wir mit Emanuel Richter davon aus, dass der proletarische (bzw. ein wie immer in der Klassenbasis variiertes) Internationalismus „nicht mehr ernsthaft den Anspruch erheben [kann], die bürgerlichen Vorstellungen von der globalen Vernunftentfaltung materialistisch zu kompensieren“ (Richter 1992: 111).

5.2 Erkenntnisse

Die besondere Bedeutung der USA für die neue Weltordnung nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum gegenwärtigen Stand der globalisierten Welt wird in allen aktuell relevanten Weltordnungskonzepten angesprochen, und zwar quer zu den üblichen Theorietraditionen, einschließlich der Leistungen und Fehlleistungen der Vereinigten Staaten, ihrer Möglichkeiten und Grenzen. Ob die USA ihre Rolle als Hegemon werden behaupten können, wird kontrovers diskutiert (ausführlich Hagemann et al. 2014). Imperiale Tendenzen würden die Vereinigten Staaten in dieser Rolle eher behindern, wie überhaupt Imperium kaum noch als zukunftsträchtiges Weltordnungsmodell angesehen wird – nicht zuletzt wegen der Erfahrungen mit der Regierung Bush jr. Auch mit dominierender militärischer Macht lässt sich die politisierte „Gesellschaftswelt“ (Czempiel 1999: Kap. I) des 21. Jahrhunderts nicht mehr kontrollieren. Ob es gelingen wird, China dauerhaft in eine friedliche Weltordnungspolitik zu integrieren, hängt auch von den USA ab (vgl. dazu Wolf 2014).

Davon abgesehen bewegt sich ein großer Teil nicht nur der analytischen, sondern auch der normativen Weltordnungsdebatte auf der Achse zwischen minimaler und solidarischer *international society*. In der empirischen Bilanz gibt es trotz unterschiedlicher Ansätze erhebliche Schnittmengen. Die heutige Weltordnung lässt sich mit dem souveränitätsbasierten Modell der Einzelstaatenwelt nicht mehr ausreichend erfassen. Dazu haben sich auf der normativen Ebene, auf der Ebene der Institutionalisierung und auf der Ebene der Akteure zu viele bedeutende staatenübergreifende Veränderungen ergeben. Wir leben inzwischen in einer nicht nur technisch, wirtschaftlich und kommunikativ vernetzten, sondern auch hochgradig verregelten und verrechtlichten Welt. Das reicht von den Normen im Bereich der Sicherheitspolitik bis zur Selbstbestimmung von Individuen und Gruppen mit den verschiedenen anderen Menschenrechten und umfasst ein immer weiter wachsendes Spektrum von Regimen auf den verschiedensten Sachgebieten. Aber die Defizite dieser Institutionalisierung in Geltungsbereich, Effizienz, Gerechtigkeit und Legitimität lassen sich nicht übersehen. Die Hoffnungen auf eine solidarischere Welt bleiben zutiefst „kontaminiert“ (Hurrell) von den Präferenzen mächtiger Staaten. Das gilt nicht nur, aber in besonderer Weise für den Bereich der Sicherheitspolitik. Es wäre also voreilig, von einem Verschwinden der „Westfälischen Welt“ zu sprechen. Wir haben es eher mit einer Welt zu tun, in der solidarische und kosmopolitische Aspekte des Regierens neben anderen aus der alten pluralistischen Staatenordnung koexistieren. Der Weg zu „angemessenen Ordnungsstrukturen“ sei noch weit, heißt es in der Bilanz von Breitmeier et al. (2009: 237-242).

Die heutige Welt ist immer noch zutiefst gespalten, geprägt von Asymmetrien, Ungleichheit (dazu ausführlich Hurrell/Woods 2000), Ungleichzeitigkeiten und gravierenden Wertedifferenzen, bis hin zu tödlichem Aberglauben in traditionalistischen Kulturen und kollektivem Vernichtungswahn bei fanatisierten Gruppierungen. Unterschiedliche Weltmodelle befinden sich nicht nur in den Köpfen der Analytiker oder der Moralphilosophen, sie finden sich auch in den Köpfen der politisch Verantwortlichen, mit verschiedenen Akzentuierungen; mal näher an klassischer Machtpolitik, mal näher an Regimebildung, Institutionalisierung oder sogar Vergemeinschaftung. Trotz aller Tendenzen zu *global governance* möchten wir deshalb daran erinnern, die Bedeutung der Einzelstaaten und Regionen für Weltordnungspolitik nicht zu unterschätzen: Jede nachhaltige und letztlich kosmopolitisch orientierte Politik setzt „verlässlich agierende, berechenbare und zu lokalen Umsetzungen internationaler Regelwerke befähigte politische Ordnungsgebilde (Staaten, Regionalverbände)“ voraus (Senghaas 2012: 240f). Trotz aller Reverenzen für eine transnationale Zivilgesellschaft und die NGOs, zu denen übrigens auch die Mafia gehört, bleiben die Staaten de facto wie normativ das Zentrum für *global governance* (Müller 2008: 246ff). Die Instabilität dieser oft als selbstverständlich unterstellten Basis wenigstens territorial gesicherter Einzelstaaten für anspruchsvollere Weltordnungskonzepte demonstrieren Entwicklungen nicht nur im Nahen Osten oder in Afrika, sondern auch im Vorfeld Russlands. „It is all too easy for those who live comfortably within viable and prosperous states to talk glibly of the virtues of a post-Westphalian world“ (Hurrell 2007: 317).

5.3 Perspektiven

Dass der aktuelle Problemdruck dramatisch ist, der heute auf einer Weltordnungspolitik lastet, die diesen Namen verdient, wird kaum jemand bestreiten wollen; er betrifft die Existenz nicht nur einer bestimmten Ordnung, sondern von Ordnung, ja möglicherweise sogar von Welt überhaupt.⁹ Die Menschheit ist dazu „verurteilt“, regional und global die Bedingungen für laufende und immer weitere Formen der Zusammenarbeit auszuhandeln. Aber es gibt keine automatische Beziehung zwischen materieller und kommunikativer Integration und politischer oder gar moralischer Vergemeinschaftung, auch ein negativer Zusammenhang ist möglich. Und existenzieller Problemdruck ist historisch nichts Neues. Ian Morris, der eine soziologisch-geographische Evolutionsgeschichte der Menschheitsentwicklung versucht hat, spricht von fünf klassischen apokalyptischen Reitern, und da hat er noch nicht einmal den Krieg dabei: Klimawandel, Krankheiten/Epidemien, Hungersnöte, Völkerwanderungen/Migration und Zusammenbruch des Staates.

Wenn die sich weiter globalisierende Welt allen Menschen ein auskömmliches Leben sichern soll, dann müssten wir „die Hunde des Krieges an der Leine halten, die Klimasprünge meistern und eine Energierevolution durchziehen,“ und – so könnte man ergänzen – die Finanzmärkte dauerhaft stabilisieren, und das alles möglichst gleichzeitig (im Anschluss an Morris 2012, das Zitat 586). Aber die Hunde des Krieges sind von der Leine oder die Leinen viel zu locker: In Europa beteiligt sich Russland an Bürgerkriegen im Vorfeld seines alten Imperiums, zeichnet sich eventuell sogar ein neuer Kalter Krieg ab; im Nahen und Mittleren Osten droht neben dem chronischen israelisch-palästinensischen Konflikt möglicherweise ein dreißigjähriger Krieg um Religion und Macht, vielleicht sogar mit einer Tendenz zu einem partiell globalen Bürgerkrieg, und in und um Süd-, Südost- und Ostasien ist die Gefahr eines Krieges zwischen Großmächten, eventuell sogar eines Nuklearkrieges, nicht zuverlässig gebannt. Der Kohleverbrauch wächst weltweit, die Wetterextreme nehmen weiterhin zu, die Pol- und die Grönlandgletscher schmelzen unwiderruflich ab (vgl. McKibben 2014), und das Casino-Karussell der Finanzspekulation dreht sich munter weiter.

⁹ Michael Ignatieff (2014) spricht ausdrücklich von „The New World Disorder“, in der sich der Westen alten und neuen autoritären bis totalitären Großmächten bzw. transnationalen Netzwerken gegenüber sieht.

Literatur

- Admati, Anat/Hellwig, Martin 2014: Des Bankers neue Kleider. Was bei Banken wirklich schief läuft und was sich ändern muss, München.
- Albert, Mathias 2002: Zur Politik der Weltgesellschaft. Identität und Recht im Kontext internationaler Vergesellschaftung, Weilerswist.
- Albert, Mathias 2007: Weltstaat und Weltstaatlichkeit. Neubestimmungen des Politischen in der Weltgesellschaft, in: Ders./Stichweh, Rudolf (Hg.), Weltstaat und Weltstaatlichkeit, Wiesbaden, 9-23.
- Albert, Mathias/Brock, Lothar 2000: Debordering the World of States, in: Albert, Mathias/Brock, Lothar/Wolf, Klaus Dieter (Hg.), Civilizing World Politics. Society and Community Beyond the State, Lanham, MD/Boulder, CO.
- Albert, Mathias/Mahlert, Bettina 2013: Internationale Beziehungen und Soziologie: das „Scharnier“ der Differenzierung, in: Stetter, Stephan (Hg.), Ordnung und Wandel in der Weltpolitik. Konturen einer Soziologie der Internationalen Beziehungen, Leviathan 41, Sonderband 28, Baden-Baden, 59-77.
- Aly, Götz/Heim, Susanne 1993: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Frankfurt am Main.
- Barth, Boris/Osterhammel, Jürgen (Hg.) 2005: Zivilisierungsmissionen. Imperiale Weltverbesserung seit dem 18. Jahrhundert, Konstanz.
- Bender, Peter 2003: Weltmacht Amerika. Das Neue Rom, Stuttgart.
- Biersteker, Thomas J. 2008: State, Sovereignty, and Territory, in: Reus-Smit, Christian/Snidal, Duncan (Hg.), The Oxford Handbook of International Relations, New York, NY, 245-272.
- Breitmeier, Helmut/Roth, Michèle/Senghaas, Dieter (Hg.) 2009: Sektorale Weltordnungspolitik. Effektiv, gerecht und demokratisch?, Baden-Baden.
- Breuer, Stefan 1987: Imperien der Alten Welt, Stuttgart.
- Breuer, Stefan 1990: Der archaische Staat. Zur Soziologie charismatischer Herrschaft, Berlin.
- Breuer, Stefan 1998: Der Staat. Entstehung, Typen, Organisationsstadien, Reinbek bei Hamburg.
- Brock, Lothar 2007: Innerstaatliche Kriege und internationale Gewaltanwendung seit dem Ende des Ost-West-Konflikts. Indiz für die Emergenz oder das Ausbleiben von Weltstaatlichkeit?, in: Albert, Mathias/Stichweh, Rudolf (Hg.), Weltstaat und Weltstaatlichkeit, Wiesbaden, 158-186.
- Brown, Chris 2000: The „English School“: International Theory and International Society, in: Albert, Mathias/Brock, Lothar/Wolf, Klaus Dieter (Hg.), Civilizing World Politics. Society and Community Beyond the State, Lanham, MD/Boulder, CO, 91-102.
- Bull, Hedley 1977/1995: The Anarchical Society. A Study of Order in World Politics, New York, NY.
- Burbank, Jane/Cooper, Frederick 2012: Imperien der Weltgeschichte, Frankfurt am Main.
- Bussmann, Margit 2012: Literaturbericht. Quantitative Studien zu Geschlechtergleichheit und Frieden, in: Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung, 1:1, 141-154.
- Cabrera, Luis 2010: World Government. Renewed Debate, Persistent Challenges, in: European Journal of International Relations, 16:3, 511-530.
- Callinicos, Alex 2009: Imperialism and Global Political Economy, Cambridge, MA/Malden, MA.
- Clark, Grenville/Sohn, Louis B. 1961: Frieden durch ein neues Weltrecht. Die notwendige Umgestaltung der Vereinten Nationen, Frankfurt am Main.
- Czempiel, Ernst-Otto 1972: Schwerpunkte und Ziele der Friedensforschung, Mainz/München.
- Czempiel, Ernst-Otto 1981: Internationale Politik. Ein Konfliktmodell, Paderborn/München/Wien.
- Czempiel, Ernst-Otto 1995: Der Friede – sein Begriff, seine Strategien, in: Senghaas, Dieter (Hg.), Den Frieden denken. Si vis pacem, para pacem, Frankfurt am Main, 165-176.
- Czempiel, Ernst-Otto 1998: Friedensstrategien, Opladen/Wiesbaden.
- Czempiel, Ernst-Otto 1999: Die Kluge Macht. Außenpolitik für das 21. Jahrhundert, München.
- Darwin, John 2010: Der imperiale Traum. Die Globalgeschichte großer Reiche 1400-2000, Frankfurt am Main.
- Darwin, John 2013: Das unvollendete Weltreich. Aufstieg und Niedergang des Britischen Empire, Frankfurt am Main.
- Decker, Oliver/Kriess, Johannes/Brähler, Elmar 2014: Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014, Leipzig.
- Dembinski, Matthias/Schmidt, Hans-Joachim/Spanger, Hans-Joachim 2014: Einhegung. Die Ukraine, Russland und die europäische Sicherheitsordnung, HSFK-Report Nr. 3, Frankfurt am Main.
- Deppe, Frank/Heidbrink, Stephan/Salomon, David/Schmalz, Stefan/Schoppengert, Stefan/Solty, Ingar 2004: Der neue Imperialismus, Heilbronn.
- Diner, Dan 1993: Weltordnungen. Über Geschichte und Wirkung von Recht und Macht, Frankfurt am Main.
- Donnelly, Jack 2008: The Ethics of Realism, in: Reus-Smit, Christian/Snidal, Duncan (Hg.), The Oxford Handbook of International Relations, New York, NY, 150-162.
- Doyle, Michael W. 1986: Empires, Ithaca, NY.
- Ehrhart, Hans-Georg 2014: Russlands unkonventioneller Krieg in der Ukraine, IFSH-Stellungnahme vom 25.8., Hamburg.
- Elias, Norbert 1976: Über den Prozess der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen, Frankfurt am Main.
- Ferguson, Niall 2004: Das verleugnete Imperium. Chancen und Risiken amerikanischer Macht, Berlin.
- Fischer-Lescano, Andreas/Teubner, Gunther 2007: Fragmentierung des Weltrechts. Vernetzung globaler Regimes statt etatistischer Rechtseinheit, in: Albert, Mathias/Stichweh, Rudolf (Hg.), Weltstaat und Weltstaatlichkeit, Wiesbaden, 37-61.

- Geis, Anna 2006: "Spotting the Enemy". Democracies and the Challenge of the "Other", in: Geis, Anna/Brock, Lothar/Müller, Harald (Hg.), *Democratic Wars. Looking at the Dark Side of Democratic Peace*, Basingstoke, 142-169.
- Geis, Anna/Schörnig, Niklas 2011: Friedensmächte, Kriegsmächte. Demokratien als Weltordner, in: Baumgart-Ochse, Claudia/Schörnig, Niklas/Wisotzki, Simone/Wolff, Jonas (Hg.): *Auf dem Weg zu Just Peace Governance. Beiträge zum Auftakt des neuen Forschungsprogramms der HSKF, Baden-Baden*, 71-92.
- Gibbon, Edward 1776/2000: *Verfall und Untergang des Römischen Reiches*, Frankfurt am Main.
- Gilpin, Robert 1981: *War and Change in World Politics*, Cambridge, MA/New York, NY.
- Gosepath, Stefan/Merle, Jean-Christophe (Hg.) 2002: *Weltrepublik. Globalisierung und Demokratie*, München.
- Hagemann, Steffen/Tönnesmann, Wolfgang/Wilzewski, Jürgen (Hg.) 2014: *Weltmacht vor neuen Herausforderungen. Die Außenpolitik der USA in der Ära Obama*, Trier.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio 2003: *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt am Main/New York, NY.
- Harvey, David 2005: *Der neue Imperialismus*, Hamburg.
- Hasenclever, Andreas 2010: Liberalismus, in: Masala, Carlo/Sauer, Frank/Wilhelm, Andreas (Hg.), *Handbuch der Internationalen Politik*, Wiesbaden, 76-101.
- Hasenclever, Andreas/Mayer, Peter/Rittberger, Volker (Hg.) 1997: *Theories of International Regimes*, Cambridge, MA/New York, NY.
- Herbert, Ulrich 2014: *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München.
- Höffe, Otfried 2002: *Demokratie im Zeitalter der Globalisierung*, München.
- Huntington, Samuel P. 1996: *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, München.
- Hurrell, Andrew 2007: *On Global Order. Power, Values, and the Constitution of International Society*, Oxford/New York, NY.
- Hurrell, Andrew/Woods, Ngaire (Hg.) 2000: *Inequality, Globalization, and World Politics*, Oxford/New York, NY.
- Ignatieff, Michael 2014: *The New World Disorder*, in: *The New York Review of Books* vom 25. September, 30-33.
- Ikenberry, G. John 2011: *Liberal Leviathan. The Origins, Crisis, and Transformation of the American World Order*, Princeton, NJ/Woodstock.
- International Commission on Intervention and State Sovereignty (ICISS) 2001: *The Responsibility to Protect*, Ottawa.
- Jaberg, Sabine/Schlotter, Peter (Hg.) 2005: *Imperiale Weltordnung – Trend des 21. Jahrhunderts?*, Baden-Baden.
- Kant, Immanuel 1795/2002: *Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf*, Stuttgart.
- Kennedy, Paul 1987: *Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000*, Frankfurt am Main.
- Keohane, Robert O. 2002: *Power and Governance in a Partially Globalized World*, London/New York, NY.
- Keohane, Robert O. 2005: *After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy*, Princeton, NJ.
- Keohane, Robert O./Nye, Joseph S. 2001: *Power and Interdependence. World Politics in Transition*, New York, NY.
- Kersting, Wolfgang 1994: *Die politische Philosophie des Gesellschaftsvertrages*, Darmstadt.
- Krell, Gert 2009: *Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen*, 4. Aufl., Baden-Baden.
- Kreuzer, Peter 2014: *Konfliktherd Südchinesisches Meer*, HSKF-Report 2, Frankfurt am Main.
- Krüger, Peter 1993: *Hitlers Europapolitik*, in: Benz, Wolfgang/Buchheim, Hans/Mommsen, Hans (Hg.), *Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft*, Frankfurt am Main.
- Küng, Hans/Senghaas, Dieter (Hg.) 2003: *Ethische Grundlagen internationaler Beziehungen*, Zürich.
- Lebow, Richard Ned 2003: *The Tragic Vision of Politics. Ethics, Interests and Orders*, Cambridge/New York, NY.
- Leitner, Ulrich 2011: *Imperium. Geschichte und Theorie eines politischen Systems*, Frankfurt am Main.
- Leisering, Lutz 2007: *Gibt es einen Weltwohlfahrtsstaat?*, in: Albert, Mathias/Stichweh, Rudolf (Hg.), *Weltstaat und Weltstaatlichkeit*, Wiesbaden, 187-205.
- Lipset, Seymour Martin 1992: *American Exceptionalism. A Double-Edged Sword*, New York, NY.
- Löwith, Karl 1967: *Weltgeschichte und Heilsgeschehen. Die theologischen Voraussetzungen der Geschichtsphilosophie*, Stuttgart.
- Luhmann, Niklas 1975: *Die Weltgesellschaft*, in: Luhmann, Niklas: *Soziologische Aufklärung*, Band 2, Opladen, 51-71.
- Maier, Charles S. 2006: *Among Empires. American Ascendancy and Its Predecessors*, Cambridge, MA.
- Mazower, Mark 2008: *Hitler's Empire. How the Nazis Ruled Europe*, New York, NY/Toronto/London.
- Mazower, Mark 2013: *Die Welt regieren. Eine Idee und ihre Geschichte von 1815 bis heute*, München.
- McKibben, Bill 2014: *Climate. Will We Lose the Endgame?* <http://bit.ly/1qwksY> (24.7.2014).
- Menzel, Ulrich 2013: *Weltprobleme und hegemoniale Weltordnung*, in: Wallacher, Johannes/Müller, Johannes/Reeder, Michael (Koord.), *Weltprobleme*, München (Bayerische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit), 15-44.
- Mitterauer, Michael 2003: *Warum Europa? Mittelalterliche Grundlagen eines Sonderwegs*, München.
- Montesquieu 1734/1957: *Betrachtungen über die Ursachen von Größe und Niedergang der Römer*, Bremen.
- Morris, Ian 2012: *Wer Regiert die Welt? Warum Zivilisationen herrschen oder beherrscht werden*, Frankfurt am Main/New York, NY.
- Müller, Harald 2008: *Wie kann eine neue Weltordnung aussehen? Wege in eine nachhaltige Politik*, Frankfurt am Main.

- Müller, Harald/Jüngling, Konstanze/Müller, Daniel/Rauch, Carsten 2014: Ein Mächtekoncert für das 21. Jahrhundert, HSFK-Report Nr. 1, Frankfurt am Main.
- Münkler, Herfried 2005: Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten, Berlin.
- Münkler, Herfried 2007: Imperiale Ordnung. Die Governance-Leistung von Imperien in komparativer Perspektive, in: Beisheim, Marianne/Schuppert, Gunnar (Hg.), Staatszerfall und Governance, Baden-Baden, 263-284.
- Osterhammel, Jürgen 2001: Krieg im Frieden. Zur Form und Typologie imperialer Interventionen, in: Osterhammel, Jürgen, Geschichtswissenschaft jenseits des Nationalstaats. Studien zur Beziehungsgeschichte und Zivilisationsvergleich, Göttingen, 283-321.
- Osterhammel, Jürgen 2005: „The Great Work of Uplifting Mankind“. Zivilisierungsmission und Moderne, in: Barth, Boris/Osterhammel, Jürgen (Hg.), Zivilisierungsmissionen. Imperiale Weltverbesserung seit dem 18. Jahrhundert, Konstanz, 363-425.
- Osterhammel, Jürgen 2012: Weltordnungskonzepte, in: Dülffer, Jost/Loth, Wilfried (Hg.): Dimensionen internationaler Geschichte, München, 409-428.
- Panitch, Leo/Gindin, Sam 2012: The Making of Global Capitalism. The Political Economy of American Empire, London/New York, NY.
- Pinker, Steven 2011: Gewalt. Eine neue Geschichte der Menschheit, Berlin.
- Rawls, John 2002: Das Recht der Völker, Berlin/New York, NY.
- Reinhard, Wolfgang 2002: Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart, München.
- Reus-Smit, Christian/Snidal, Duncan (Hg.) 2008: The Oxford Handbook of International Relations, New York, NY.
- Richter, Dirk 1997: Weltgesellschaft, in: Kneer, Georg/Nassehi, Armin/Schroer, Markus (Hg.), Soziologische Gesellschaftsbegriffe. Konzepte moderner Zeitdiagnosen, München, 184-204.
- Richter, Emanuel 1992: Der Zerfall der Welteinheit. Vernunft und Globalisierung in der Moderne, Frankfurt am Main/New York, NY.
- Richter, Emanuel 2000: ‚Community‘ in the Global Network. A Methodological Exploration, in: Albert, Mathias/Brock, Lothar/Wolf, Klaus Dieter (Hg.) 2000: Civilizing World Politics. Society and Community Beyond the State, Lanham, MD/Boulder, CO, 69-90.
- Rittberger, Volker/Kruck, Andreas/Romund, Anne 2010: Grundzüge der Weltpolitik. Theorie und Empirie des Weltregierens, Wiesbaden.
- Ruthven, Malise 2014: What Happened to the Arab Spring?, in: The New York Review of Books vom 10. Juli, 72-75.
- Schlotter, Peter 2013: Freihandel, Globalisierung und Frieden, in: Armingeon, Klaus (Hg.), Staatstätigkeiten, Parteien und Demokratie. Festschrift für Manfred G. Schmidt, Wiesbaden, 597-612.
- Schwartz, Herman M. 2010: States Versus Markets. The Emergence of a Global Economy, Houndmills/New York, NY.
- Senghaas, Dieter 1982: Von Europa lernen. Entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen, Frankfurt am Main.
- Senghaas, Dieter 1995: Frieden als Zivilisierungsprojekt, in: Senghaas, Dieter (Hg.) 1995: Den Frieden denken. Si vis pacem, para pacem, Frankfurt am Main, 196-223.
- Senghaas, Dieter 2004: Zum irdischen Frieden, Frankfurt am Main.
- Senghaas, Dieter 2012: Weltordnung in einer zerklüfteten Welt. Hat Frieden Zukunft?, Berlin.
- Senghaas, Dieter 2013: Wohin driftet die Weltpolitik? Gewichtsverschiebungen auf internationaler Ebene, in: Wallacher, Johannes/Müller, Johannes/Reder, Michael (Koord.) 2013: Weltprobleme, München (Bayerische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit), 45-57.
- Senghaas-Knobloch, Eva 2009: Sisyphusarbeit am Genfer See. Bemühungen um international geltende Arbeits- und Sozialstandards, in: Breitmeier, Helmut/Roth, Michèle/Senghaas, Dieter (Hg.), Sektorale Weltordnungspolitik. Effektiv, gerecht und demokratisch?, Baden-Baden, 150-170.
- Senghaas-Knobloch, Eva 2013: Von informeller Ökonomie bis zu atypischer Beschäftigung – weltweite Herausforderung für die Gestaltung menschenwürdiger Arbeit, in: Wallacher, Johannes/Müller, Johannes/Reder, Michael (Koord.) 2013: Weltprobleme, München (Bayerische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit), 235-252.
- Shaw, Martin 2000: Theory of the Global State. Globality as an Unfinished Revolution, Cambridge/New York, NY.
- Stein, Arthur A. 2008: Neoliberal Institutionalism, in: Reus-Smit, Christian/Snidal, Duncan (Hg.), The Oxford Handbook of International Relations, New York, NY, 201-221.
- Stetter, Stephan (Hg.) 2013: Ordnung und Wandel in der Weltpolitik. Konturen einer Soziologie der Internationalen Beziehungen, Leviathan 41, Sonderband 28, Baden-Baden.
- Stichweh, Rudolf 2000: Die Weltgesellschaft. Soziologische Analysen, Frankfurt am Main.
- Stichweh, Rudolf 2007: Dimensionen des Weltstaats im System der Weltpolitik, in: Albert, Mathias/Stichweh, Rudolf (Hg.), Weltstaat und Weltstaatlichkeit, Wiesbaden, 25-36.
- Sznajder, Natan/Speck, Ulrich (Hg.) 2003: Empire Amerika. Perspektiven einer neuen Weltordnung, München.
- ten Brink, Tobias 2008: Staatenkonflikte. Zur Analyse von Geopolitik und Imperialismus – ein Überblick, Stuttgart.
- Vitzthum, Wolfgang Graf/Proelß, Alexander (Hg.) 2013: Völkerrecht, Berlin.
- Wallerstein, Immanuel 2011: Centrist Liberalism Triumphant, 1789-1914 (The Modern World System, Bd. IV), Berkeley-Los Angeles, CA/London.
- Walt, Stephen M. 1987: The Origins of Alliances, Ithaca, NY.
- Waltz, Kenneth N. 1979: Theory of International Politics, New York, NY.

- Wendt, Alexander 2003: Why a World State is Inevitable, in: European Journal of International Relations, 9:4, 491-542.
- Wolf, Reinhard 2014: The U.S. as a Pacific Power? Chinas Aufstieg und die Zukunft der amerikanischen Weltführungspolitik, in: Hagemann, Steffen/Tönnemann, Wolfgang/Wilzewski, Jürgen (Hg.), Weltmacht vor neuen Herausforderungen. Die Außenpolitik der USA in der Ära Obama, Trier, 87-113.
- World Society Research Group 2000: Introduction. World Society, in: Albert, Mathias/Brock, Lothar/Wolf, Klaus Dieter (Hg.) 2000: Civilizing World Politics. Society and Community Beyond the State, Lanham, MD/Boulder, CO, 1-17.
- Zürn, Michael 2011: Vier Modelle einer globalen Ordnung in kosmopolitischer Absicht, in: Politische Vierteljahresschrift, 1/2011, 78-118.

Kontakt

Prof. em. Dr. Gert Krell
gertkrell@arcor.de
Tel: +49 6192-22063

Prof. Dr. Peter Schlotter
peter.schlotter@ipw.uni-heidelberg.de
Tel: +49 6221-542871

Impressum

Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
Baseler Straße 27-31
60329 Frankfurt am Main

Die Autoren tragen die alleinige Verantwortung für die veröffentlichten Inhalte.